



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET
EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA HEORPA PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT
PARLAMENT EUROPEJSKI PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN
EURÓPSKY PARLAMENT EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

**GENERALDIREKTION EXTERNE POLITIKBEREICHE DER UNION
DIREKTION B
- FACHABTEILUNG -**

MITTEILUNG

**ÜBER DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE
MEXIKOS
UND SEINE BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION**

Inhalt:

Im Jahr 2000 leitete Mexiko nach der Wahl von Vicente Fox zum Staatspräsidenten den Übergang zu einem volldemokratischen System ein. Der Wahlsieg von Vicente Fox beendete die lange Regentschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die seit 1929 ununterbrochen an der Macht war. Trotz ihrer guten Absichten gelang es der Regierung Fox nicht, alle ihre Reformversprechen einzulösen, da sich hierfür im Parlament keine Mehrheit fand. Im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2006 kam es zu einer starken Links-Rechts-Polarisierung des politischen Lebens in Mexiko. Felipe Calderón, der konservative Kandidat, setzte sich mit einer hauchdünnen Mehrheit von 0,57% gegen seinen linken Kontrahenten Andres López Obrador durch.

Seit dem Abschluss des am 1. Juli 2000 in Kraft getretenen Globalabkommens EU-Mexiko haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Partnern erheblich gefestigt.

Nur für den internen Gebrauch im Europäischen Parlament

Diese Mitteilung wurde auf Wunsch der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen mit Mexiko erarbeitet.

Das vorliegende Dokument wird in folgenden Sprachen veröffentlicht: Spanisch.

Verfasser: Pedro NEVES

Redaktionsschluss: April 2008.

Kopien können per E-Mail unter folgender Adresse angefordert werden:

pedro.neves@europarl.europa.eu

Brüssel, Europäisches Parlament, April 2008.

Bei den in diesem Beitrag zum Ausdruck gebrachten Meinungen handelt es sich ausschließlich um diejenigen des Verfassers; sie spiegeln nicht notwendigerweise die offizielle Position des Europäischen Parlaments wider.

Quellen: Economist Intelligence Unit (EIU)
Comisión Europea
Eurostat
Global Insight
Oxford Analytica
Reuters

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I.	POLITISCHE LAGE	4
II.	WIRTSCHAFTLICHE LAGE	24
III.	BEZIEHUNGEN EU-MEXIKO	30

ANHÄNGE

I. POLITISCHE LAGE

1. Einführung

1.1. Geschichte

Mexiko, das auf dem nordamerikanischen Kontinent liegt, ist eines der Länder Lateinamerikas mit starker Sogwirkung. Als Erbe der präkolumbianischen und kolonialen Kulturen versucht Mexiko, sich seine Identität als Mestizen-Nation zu bewahren, wobei es sich dem neoliberalen Modell verschrieben hat. Das Land hat allerdings eine Vielzahl von Herausforderungen zu bewältigen: Es muss die regionalen Ungleichheiten abbauen, Wirtschaftsliberalismus, sozialen Fortschritt und Demokratie miteinander vereinbaren und das Wachstum einer übergroßen Hauptstadt in Grenzen halten.

1529 bemächtigen sich die Spanier Mexikos und ziehen aus, ein riesiges Kolonialreich zu erobern, das von Florida bis nach Patagonien reicht. Drei Jahrhunderte lang werden die Bodenschätze und Ländereien in großem Maßstab vor allem zum Vorteil des spanischen Mutterlands ausgebeutet.

Zwischen 1810 und 1910 erlebt Mexiko eine sehr ereignisreiche Zeit. 1810 stellt Pater Miguel Hidalgo, der das Elend der indianischen Bevölkerung nicht mehr mit ansehen kann, eine Indianer-Armee auf, die aber von der Kolonialmacht schnell zerschlagen wird. Gleichwohl beginnt der Unabhängigkeitsgedanke zu keimen. Die Unabhängigkeit Mexikos wird 1821 von Agustín de Itúrbide proklamiert, der 1822 zum Kaiser gekrönt und ein Jahr später von der Armee gestürzt wird.

In einem Land, das durch innere Unruhen zerrüttet und durch ausländische Interventionen (der USA und Europas) ruiniert ist, lässt sich 1876 Porfirio Díaz zum Präsidenten wählen – und bis 1910 nicht mehr abwählen. Er stellt die Ordnung im Land wieder her, sorgt für Machtkonzentration und eine effiziente Verwaltung, bringt die Wirtschaft wieder in Schwung, aber er vernichtet auch rücksichtslos Gemeinschaftseigentum, indem er den Indianern ihr Land raubt. 1910 sind 97 % des Bodens im Besitz von 1 % der Bevölkerung und werden 90 % der Landbevölkerung von Großgrundbesitzern ausgebeutet. Daraufhin kommt es zu einem Bauernaufstand unter der Führung von Emiliano Zapata und Pancho Villa. Diese „Mexikanische Revolution“ ist ein gewaltiger sozialer und politischer Umsturz. Sie befreit Mexiko von der Herrschaft seiner Grundbesitzeraristokratie, führt zum Bodenreformgesetz von 1917 und noch im selben Jahr zur Annahme einer Verfassung, die die staatliche Unabhängigkeit Mexikos stärkt.

Lázaro Cárdenas, der 1934 Präsident wird, verstaatlicht die ausländischen Ölgesellschaften und verteilt 16 Millionen Hektar Land. Diese Bodenreform als eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution bildet die Grundlage für den sozialen Frieden in Mexiko. Allerdings trübt sich durch die Reformbestrebungen und die Enteignung der ausländischen Gesellschaften das Verhältnis mit den USA, dem mächtigen Nachbarn im Norden.

Von 1940 bis 1970 erlebt das Land eine Phase des Wachstums. Der wirtschaftliche Aufschwung stützt sich auf Industrialisierung, wachsende Ausfuhren und ausländische Investitionen. Der

Krise von Anfang der 70er Jahre kann Mexiko jedoch nicht ausweichen. Steigende Energiepreise (das Land ist bis 1974 Ölimporteur), leere öffentliche Kassen und Inflation lassen das ganze Land in eine tiefe Wirtschaftsflaute schlittern.

José López Portillo, von 1976 bis 1982 Präsident, stellt das Vertrauen der Wirtschaft wieder her, führt politische Reformen durch (die den Oppositionsparteien, auch der kommunistischen Partei, den Weg in den Kongress, das mexikanische Parlament, frei machen), überzeugt die Gewerkschaften, bei ihren Forderungen Mäßigung zu üben, und führt einen ersten Fünfjahresplan (1978-1982) ein, um durch eine Erhöhung der Erdölausfuhren die Finanzierung verschiedener sozioökonomischer Programme zu unterstützen. Die Präsidenten Miguel de la Madrid (1982-1988) und Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) verfolgen eine liberale Wirtschaftspolitik, gekennzeichnet durch eine Welle von Privatisierungen. Mexiko gibt nach und nach die Multilateralität auf, die das Land seit 20 Jahren prägt, und wendet sich unter Verzicht auf seine lateinamerikanische „Präferenz“ entschlossen den USA zu. Am 1. Januar 1994 tritt das von den USA, Mexiko und Kanada unterzeichnete Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft. Am selben Tag erheben sich im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas Hunderte von Rebellen des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheers (ELNZ). Nachdem zunächst versucht wird, den Aufstand zu unterdrücken - dabei gibt es 400 Tote -, bricht Präsident Carlos Salinas die militärischen Aktionen ab und tritt in Verhandlungen ein. Nach den politischen Unruhen in Chiapas und der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PRI, Luís Colosio Murrieta, wird das Land im Dezember 1994 auch noch von einer Finanzkrise heimgesucht.

Nach seinem Amtsantritt 1994 erkennt Präsident Ernesto Zedillo an, dass die Talfahrt des Peso, der binnen einer Woche gegenüber dem Dollar 60 % an Wert verliert, auf schwere Regierungsfehler zurückzuführen ist. Die Krise hat Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung und bedroht die Stabilität des Landes. Dieses wird durch ein von den USA und der internationalen Finanzwelt zusammengeschnürtes „Nothilfepaket“ von 48,7 Milliarden Dollar vor dem Bankrott gerettet. Politische Stabilität wird nun notwendiger denn je, und sei es nur wegen der ausländischen Geldgeber. Im Februar 1995 beginnt Präsident Zedillo mit einer neuen Operation gegen die Aufständischen in Chiapas. Einen Monat zuvor hatte er sich das Wohlwollen der Opposition gesichert, indem er mit ihr eine nationale Vereinbarung mit dem Ziel einer echten Demokratisierung (Unabhängigkeit von Legislative und Judikative, Wahlkampffinanzierung, Zugang zu den Medien) unterzeichnete.

Trotz einer Verbesserung der makroökonomischen Indikatoren (höheres BIP, niedrigere Inflation, weniger Arbeitslosigkeit) strafen die Mexikaner die Regierung bei den Wahlen 1997 ab, indem sie ihre Stimmen der Opposition geben. Die seit 1929 regierende PRI verliert erstmals ihre absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus und, als sei dies noch nicht genug, das Amt des Bürgermeisters von Mexiko-Stadt. Und die PRI steht weiter im Abwind: Bei den Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2000 siegt der Kandidat der Partei der nationalen Aktion (PAN) Vicente Fox Quesada und löst Ernesto Zedillo als Staatsoberhaupt ab.

Mit dieser Veränderung an der Spitze des mexikanischen Staates begann ein neuer Abschnitt im politischen Leben Mexikos, der einen qualitativen Sprung auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung des Landes darstellte.

Sechs Jahre nach dem Amtsantritt von Präsident Fox ist festzustellen, dass in Mexiko die Demokratie stärker, die Regierungstätigkeit transparenter und die Pressefreiheit wesentlich größer geworden ist. Erstmals in der Geschichte des Landes wurde eine strenge Gewaltenteilung eingerichtet. Die großen Reformen jedoch, die der mexikanische Präsident und seine Partei, die PAN, versprochen haben, lassen noch immer auf sich warten, da es für sie keine parlamentarische Mehrheit gibt.

So wurde die *Ley indígena*, das Gesetz über die Rechte und die Kultur der indianischen Urbevölkerung, die ein Kernelement der Befriedung des Bundesstaates Chiapas darstellt, im Kongress zwar angenommen, aber erst, nachdem sie die Gesetzgeber ihrer Substanz entleert hatten, was einen sofortigen Stillstand der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Zapatisten auslöste.

Auch die Steuerreform, die dem Staat höhere Einnahmen sichern und für eine bessere Verteilung des Reichtums sorgen sollte, wurde im Dezember 2001 vom Kongress in einer entschärften Version gebilligt¹. Die Staatsreform, durch die das konstitutionelle und institutionelle System Mexikos modernisiert und an die neuen politischen Gegebenheiten im Lande angepasst werden soll, blieb in den Schubläden des Kongresses. Die Regierung Fox musste sich damit begnügen, ein solides Management der öffentlichen Finanzen einzuführen, immerhin einhergehend mit der Schaffung eines nachhaltigen öffentlichen Dienstes und der Annahme eines Gesetzes über Transparenz und Zugang zu Informationen (das die Regierung zwingt, alle ihre Tätigkeiten offen zu legen). Nicht viel besser steht es um die andere große, von Präsident Fox versprochene Reform, die des Energiesektors. Diese Reform ist außerdem mit einer unerlässlichen Steuerreform verknüpft, denn die Einnahmen aus dem Ölgeschäft machen immer noch 37 % des mexikanischen Staatshaushalts aus.

Die Tatsache, dass Präsident Fox keine Mehrheit im Kongress hatte (weder im Oberhaus noch im Unterhaus) schränkte seinen Handlungsspielraum stark ein, was in den Grenzen (teils auch Fehlern) seines Handelns sowie in der politischen Konstellation begründet war. Denn ohne parlamentarische Mehrheit konnte die Regierung nicht umhin, sich abwechselnd um die Unterstützung der PRI oder der PRD zu bemühen, so dass Zugeständnisse unvermeidbar waren. Hinzu kommt, dass der Kongress, der nie zuvor über eine solche Machtfülle verfügt hatte, ungeachtet anderer Erwägungen dazu neigte, durch sein Abstimmungsverhalten seine Unabhängigkeit von der Regierung zu betonen.

1.2. Geografische Lage

Mexiko, das im Norden an die USA und im Süden an Guatemala und Belize grenzt, hat eine Fläche von 1 972 547 Quadratkilometern und liegt in tropischen Breiten (zwischen 14°30' und 32°43' nördlicher Breite).

Mit einer Einwohnerzahl von über 100 Millionen ist Mexiko das größte spanischsprachige Land in der Welt und nach Brasilien das bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas. Die Bevölkerung ist jung; 45 % der Mexikaner zählt weniger als 20 Jahre. Analysten gehen davon aus, dass mehr

¹ Diese Reform hätte Geld in die öffentlichen Kassen spülen sollen, Da dies nicht geschah, war die Regierung gezwungen, die Sozialpolitik ihrer Vorgänger fortzuführen und sich mit kosmetischen Korrekturen zu begnügen.

als 40 % der Mexikaner unterhalb der Armutsschwelle leben. Neben den sozialen Problemen gibt es kulturelle Unterschiede: Zwar besteht die Bevölkerung Mexikos im Wesentlichen aus Mestizen, aber das Land zählt auch die größte indianische Bevölkerungsgruppe Lateinamerikas (12 Millionen Menschen), die nach wie vor ausgegrenzt wird.

Die Bevölkerung und die Wirtschaftstätigkeit sind geografisch sehr ungleich verteilt. Obschon Mexiko ein stark zentralisierter Staat ist (demografisch, wirtschaftlich und politisch hat die Hauptstadt ein klares Übergewicht), lassen sich mehrere große Regionen unterscheiden. Der Südosten ist eine landwirtschaftlich geprägte Region mit heißfeuchtem tropischem Klima und indianischer Bevölkerung, wie es typisch für Lateinamerika ist. Die Mitte und der Norden mit ihrem trockenheißen Klima sind wesentlich industrialisierter und europäischer; hier schielt man auf die Vereinigten Staaten. Die dritte große Region ist das Küstengebiet am Golf von Mexiko, wo ein für Ackerbau und Viehzucht günstiges Klima herrscht und wo auch die Erdölindustrie präsent ist.

2. Innenpolitische Lage

2.1. Institutioneller Rahmen

Mexiko ist eine Bundesrepublik, die sich in 31 Bundesstaaten und den Bundesdistrikt Mexiko-Stadt (*Ciudad de México*) gliedert. Seine politische Gliederung stützt sich auf die (nach der mexikanischen Revolution verabschiedete) Verfassung von 1917, die nach amerikanischem Vorbild regelt, dass das Land eine Demokratie mit einem Präsidenten an der Spitze ist, und die Gedanken-, Religions-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit proklamiert.

Zwar verfügt jeder Bundesstaat sowohl bezüglich der Exekutive (jedem Bundesstaat steht ein Gouverneur vor) als auch der Legislative und Judikative über eine gewisse Autonomie, aber bestimmend für den mexikanischen Staat ist dennoch der sehr starke politische Zentralismus, wenn diesem auch durch die Entscheidungen der Gouverneure Grenzen gesetzt sind. In der Tat hängt das föderal strukturierte Mexiko ganz vom Staatspräsidenten und vom Staatshaushalt ab, der genauso wie die Armee weitgehend von der Zentralregierung kontrolliert wird.

a) Präsident

Der Präsident wird in allgemeinen Direktwahlen für die Dauer von sechs Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist nicht möglich. Der Präsident führt auch die Exekutive und die Armee. Am 2. Juli 2006 ging Felipe Calderón von der (konservativ-liberalen) Partei der nationalen Aktion (*Partido Acción Nacional*, PAN) siegreich aus den Präsidentschaftswahlen hervor.

b) Parlament

Das mexikanische Parlament heißt Kongress (*Congreso de la Unión*) und besteht aus zwei Kammern: dem Oberhaus oder Senat (*Senado*) und dem Unterhaus oder der Abgeordnetenversammlung (*Cámara Federal de Diputados*). 128 Senatoren (je vier pro Bundesstaat) werden für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt, davon 96 in allgemeiner Direktwahl und 32 nach einem Verhältniswahlssystem. Die Abgeordnetenversammlung besteht aus 500 Mitgliedern, die für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt werden, davon 300 in allgemeiner Direktwahl und 200

nach einem Verhältniswahlssystem. Die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung wurden im Juli 2006 neu gewählt¹. Mexiko ist zurzeit mit Costa Rica die einzige Demokratie, in der zwei aufeinander folgende Amtszeiten für Oberhaus- und Unterhausmitglieder unzulässig sind. Dies macht es für die Abgeordneten schwer, die Erfahrung anzusammeln, die sie brauchen, um als Gesetzgeber gute Arbeit zu leisten.

c) Politische Parteien

Drei Parteien beherrschen in Mexiko die politische Bühne: die PRI, die PAN und die PRD. Die 1929 gegründete PRI – sie hieß zunächst Revolutionäre nationale Partei und dann Partei der mexikanischen Revolution und trägt seit 1946 ihren heutigen Namen Partei der Institutionellen Revolution – stellte zwischen 1929 und 2000 sämtliche Staatspräsidenten und hatte das Machtmonopol. Dahinter verbarg sich eigentlich ein Einparteiensystem, das sich weitgehend auf Klientelismus und die Gespaltenheit der anderen politischen Gruppierungen stützte. Die PAN oder Partei der nationalen Aktion hat ihre Wurzeln in den konservativen Eliten, die das Mexiko der vorrevolutionären Zeit (1910-1917) regierten. Ihre Werte rücken sie in die Nähe der europäischen Christdemokraten. Die PRD oder Partei der demokratischen Revolution schließlich entstand 1988 aus einer Abspaltung der PRI. Die PRD tritt für sozialen Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung, gestützt auf die nationale Industrie und ein stärkeres wirtschaftliches Engagement des Staates ein. Kandidaten der PRD haben es in das Rathaus von Mexiko-Stadt geschafft: zuerst Cuauhtémoc Cárdenas, dann Andrés Manuel López Obrador, kurz „AMLO“ genannt. Dieser ist sehr populär; gleichwohl ist die PRD in der Hälfte des Landes ohne Einfluss.

d) Gerichtswesen

Die Judikative besteht aus einem System von Bundes- und Regionalgerichten, an dessen Spitze der Oberste Gerichtshof steht. Die Richter des Obersten Gerichtshofs werden vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats ernannt.

e) Verwaltungssystem

Mexiko ist eine Bundesrepublik, die sich in 31 Bundesstaaten und den Bundesdistrikt Mexiko-Stadt (*Ciudad de México*) gliedert. Die Gouverneure der Bundesstaaten werden direkt gewählt, ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre. Darüber hinaus finden Wahlen der örtlichen Bürgermeister und Gemeinderäte der 2411 mexikanischen Gemeinden statt.

2.2. Wahlen und Wahlsystem

a) Parlamentswahlen von 2003

Bei den Parlamentswahlen vom 6. Juli 2003 mit einer sehr geringen Wahlbeteiligung (Anteil der Nichtwähler: 58 %) verlor die PAN, die Partei des Präsidenten Fox, 54 Sitze in der Abgeordnetenversammlung. Damit verblieben ihr nur noch 153 Sitze (2000: 207), während die PRI mit 224 Sitzen um 15 zulegen konnte (zuvor 209) und die PRD ihr Ergebnis mit 96 Sitzen fast

¹ Siehe Anhang II.

verdoppeln konnte. Diese Entwicklung zeigte die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die von der Unbeweglichkeit der Regierung und dem Reformstau enttäuscht war, machte es der Regierung aber de facto erst recht unmöglich, eine eigenständige Politik zu verfolgen – jedenfalls bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen 2006. Auch die Regierungsumbildungen von September 2003 und August 2004 haben keine Ergebnisse gezeitigt.

b) Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Juli 2006

Seit 2005 stand das politische Leben in Mexiko ganz unter dem Zeichen der allgemeinen (Parlaments- und Präsidentschafts-) Wahlen von 2006. Anscheinend wollte jedoch keiner der drei wichtigsten Präsidentschaftskandidaten die Errungenschaften der makroökonomischen und finanziellen Stabilisierungspolitik in Frage stellen, die nach der schweren Währungskrise von 1994 eingeleitet wurde. Bei der PRI rechnete sich Roberto Madrazo Chancen aus, bei den Präsidentschaftswahlen zu siegen und die im Jahr 2000 verlorene Macht wieder zurückzugewinnen. Felipe Calderón, der die Regierung, in der er das Energieressort innehatte, schon verlassen hatte, war der Kandidat der PAN. Der populäre ehemalige Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Andrés Manuel López Obrador (AMLO), war der Kandidat der PRD. Ende Juli 2005 legte López Obrador (AMLO) das Bürgermeisteramt der Hauptstadt nieder, um sich vollends dem Wahlkampf zu widmen, dessen Hauptthemen, die Sicherheit, die Reform des politischen Systems, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung waren. AMLO schloss ein Wahlbündnis, die *Alianza Por el Bien de Todos* (Allianz für das Wohl aller), mit der Arbeiterpartei und der *Convergencia*.

So populär der ehemalige Bürgermeister von Mexiko auch war, seine Partei, die PRD, war immer noch ein politisches Leichtgewicht: sie regiert nur fünf der 32 Bundesstaaten (Baja California Sur, Zacatecas, Michoacán, Guerrero und Chiapas). Aber seine Tätigkeit als Bürgermeister in Mexiko-Stadt trug López Obrador eine große Popularität ein, denn er führte ein einfaches Leben, legte ein umfangreiches Programm öffentlicher Arbeiten auf, führte Unterstützungen für alleinstehende Mütter, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ein, alles Maßnahmen, die sich auch im Programm seiner *Alianza por el Bién de Todos* finden. Dass seine Feinde versucht haben, seine Kandidatur bei den Wahlen zu verhindern, hat seine Popularität zusätzlich noch erhöht.

Roberto Madrazo, der Kandidat der PRI, hatte den Trumpf im Ärmel, dass er von der Partei unterstützt wurde, die Mexiko sieben Jahrzehnte lang regierte und über umfangreiche finanzielle und personelle Mittel verfügte. Aber Madrazo war in den eigenen Reihen nicht unumstritten, und sein Image litt darunter, dass er mit einem Parteiapparat in Verbindung gebracht wurde, der der Korruption und des Autoritarismus beschuldigt wurde.

Felipe Calderón hatte einen sehr guten Ruf und konnte davon profitieren, dass er die Regierung verlassen hatte, die ja ihre Wahlversprechen von 2000 nicht erfüllt hatte. Außerdem hatte er in der PAN mehr Rückhalt als Vicente Fox.

Im Rennen waren noch zwei weitere Kandidaten, die von kleinen Parteien unterstützt wurden, nämlich Patricia Mercado von der *Partido Alternativa Socialdemócrata y Campesina* (links) und Roberto Campa von der *Partido del Nueva Alianza* (PANAL).

Am Sonntag, dem 2. Juli 2006, fanden in Mexiko allgemeine Wahlen statt, bei denen auf Bundesebene gewählt wurden:

- der Präsident der Republik, der für einen Zeitraum von sechs Jahren Staatsoberhaupt und Regierungschef ist; eine Wiederwahl ist nicht möglich; er trat sein Amt am 1. Dezember 2006 an und löste Präsident Fox ab, der 2000 in dieses Amt gewählt worden war;
- 128 Senatoren für den Senat des Kongresses, jeweils drei direkt gewählte Senatoren für jeden Bundesstaat und für den Bundesdistrikt sowie 32 auf einer Landesliste; sie alle werden für einen Zeitraum von sechs Jahren, beginnend am 1. September 2006, gewählt;
- 500 Bundesabgeordnete für die Abgeordnetenversammlung des Kongresses, 300 von ihnen werden in den einzelnen Wahlkreisen in allgemeiner Direktwahl gewählt und 200 für jeden einzelnen der 5 Wahlkreise, in die das Land aufgeteilt ist, indirekt nach einem landesweiten Verhältniswahlssystem; die Wahl erfolgt für einen Zeitraum von drei Jahren, gerechnet ab dem 1. September 2006;
- drei Gouverneure und der Bürgermeister von Mexiko-Stadt.

Die Wahlen auf Bundesebene werden vom Bundeswahlinstitut (*Instituto Federal Electoral – IFE*) abgewickelt, einem unabhängigen Organ, geleitet von einem Bürgerrat, das weder den Interessen einer Partei noch denen der Regierung verpflichtet ist. Diese Wahlen unterliegen den in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Mexiko sowie im Bundesgesetz über Institutionen und Wahlverfahren (*Código Federal de Instituciones y Procedimientos Electorales – COFIPE*) getroffenen Regelungen.

Mit der Registrierung der Kandidaten der politischen Parteien und ihrer Wahlplattformen erklärt das IFE den Wahlprozess für eröffnet. Damit setzt sechs Monate vor dem Wahltag der Wahlkampf ein, der drei Tage vor dem Wahltag einzustellen ist. Von diesem Zeitpunkt an ist jede Propaganda untersagt, Gleiches gilt für Umfragen oder statistische Erhebungen zum Thema Wahlen.

Die Wahllokale heißen in Mexiko *Casillas*. In Schulen, auf Plätzen, in öffentlichen Gebäuden oder in Privathäusern wird jeweils ein Wahllokal je Wahlbezirk eingerichtet. Die Wahlbezirke, in die sich ein Distrikt unterteilt, sind für 300 bis 800 Wähler zuständig. Zur Durchführung der Wahlen in den einzelnen Wahllokalen lost das IFE unter den eingetragenen Wahlberechtigten vier Verantwortliche aus: einen Vorsitzenden, einen Sekretär und zwei Stimmzähler. Außerdem können alle politischen Parteien in jedem Wahllokal jeweils einen eigenen Vertreter registrieren lassen.

Die Wahlen finden am ersten Julisonntag des Wahljahres statt. Laut Wahlgesetz (COFIPE) öffnen die Wahllokale um 8.00 Uhr und schließen um 18.00 Uhr. Sollten sich in der Warteschlange noch Wähler befinden, ist so lange zu warten, bis auch sie ihre Stimme abgegeben haben.

Nach Schließung der Wahllokale wird mit der Auszählung der Stimmzettel und der Vernichtung der nicht benutzten Wahlunterlagen begonnen. Protokolle werden aufgenommen, in denen die

Ergebnisse festgehalten werden. Sie werden von den Verantwortlichen sowie den Vertretern der politischen Parteien entsprechend abgezeichnet.

Das endgültige amtliche Wahlergebnis wird auf einer Sitzung des Generalrats des Bundeswahlinstituts IFE an dem auf den Wahltag folgenden Mittwoch bekannt gegeben.

Anschließend prüft der nationale Wahlgerichtshof (*Tribunal Electoral del Poder Judicial de la Federación*) eventuell eingereichte Klagen über Unregelmäßigkeiten im Wahlgesehen. Wenn diese nicht zur Annullierung der Wahlen oder zur Änderung des Wahlergebnisses führen, erklärt er die Wahlen für gültig und stellt die Wahlurkunden für die siegreichen Kandidaten aus, auf der es jeweils heißt: zum Präsidenten gewählt..., zum Senator gewählt..., zum Abgeordneten gewählt... Damit ist der Wahlprozess abgeschlossen.

Es standen fünf Kandidaten zur Wahl. Allerdings hatte ein unerbittlicher Wahlkampf zu einer starken Links-Rechts-Polarisierung und zu dem dafür typischen Ergebnis geführt: Die beiden Spitzenkandidaten, den konservativen Felipe Calderón und den linken Andres Manuel López Obrador (AMLO), trennten voneinander lediglich einige hunderttausend Stimmen von insgesamt 41 Millionen Stimmen. López Obrador focht das Wahlergebnis, demzufolge Calderón den Wahlsieg mit einer hauchdünnen Mehrheit von 0,58 % errungen hatte, über das Bundeswahlgericht (TRIFE) an. López Obrador sprach von Wahlbetrug, forderte eine erneute Auszählung der Stimmen und ließ verlauten, er werde eine Regierung Calderón nicht anerkennen.

Das Bundeswahlgericht lehnte eine erneute Auszählung der Stimmen der angefochtenen Wahl vom 2. Juli 2006 ab und beschloss, dass lediglich 9 % der Wahllokale überprüft würden.

Am 28. August 2006 entschied das Bundeswahlgericht, die Präsidentschaftswahlen in einigen wenigen Wahllokalen für ungültig zu erklären, das Gesamtergebnis jedoch nicht zu verändern. Es wurden ungefähr 4 Millionen Stimmen nachgezählt, von denen nahezu 238.000 Stimmen für ungültig erklärt wurden.

Die für ungültig erklärten Stimmen waren gleichmäßig auf die politischen Parteien verteilt. Daher blieb der Unterschied zwischen Calderón und López Obrador nahezu unverändert. Der Abstand verringerte sich von 244.000 (0,58 % aller abgegebenen Stimmen) auf 240.000 Stimmen (0,57 % aller Stimmen). Der anteilmäßig am stärksten betroffene Kandidat war Roberto Madrazo der PRI mit 63.000 für ungültig erklärten Stimmen. Die PRI erhielt ein knappes Drittel der Wählerstimmen und damit das schlechteste Wahlergebnis, das sie jemals erzielt hatte¹.

López Obrador bekräftigte am gleichen Tag, seine Anhänger würden am 16. September eine Versammlung (*National Democratic Convention – CND*) auf dem Zocalo-Platz in Mexiko-Stadt abhalten. Diese Versammlung werde über die folgenden fünf Punkte abstimmen:

- die Ablehnung der Anerkennung des amtlichen Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen
- die Ablehnung der widerrechtlichen Amtsübernahme durch Calderón und aller Beamten, die er ernennt

¹ Siehe Anhang II und III.

- die Entscheidung für einen „rechtmäßigen“ Präsidenten oder die Wahl eines nationalen Koordinators der Bewegung des zivilen Ungehorsams
- die Abstimmung über ein Regierungsprogramm und
- die Entscheidung über die „Einsetzung“ einer Regierung am 20. November (dem Jahrestag der mexikanischen Revolution) oder am 1. Dezember, dem Tag des Amtsantritts des vom Bundeswahlgericht designierten Präsidenten.

Am 5. September erklärte das Bundeswahlgericht die Wahlen vom 2. Juli für gültig und Calderón einstimmig zum Wahlsieger der Präsidentschaftswahlen. Trotz dieser Entscheidung des Bundeswahlgerichts gab sich López Obrador weiterhin nicht geschlagen.

Bei den Parlamentswahlen konnte die PRD, die ehemals als die drittstärkste Partei Mexikos galt, einen beeindruckenden Zugewinn an Wählerstimmen verzeichnen. Dadurch ergab sich für die PRD eine Verdoppelung ihrer Sitze im Senat und eine Erhöhung ihrer Präsenz im Unterhaus um 50 %. Gleichzeitig wurde die PAN erstmals in ihrer Geschichte die größte Partei in beiden Kammern. Es ist auch das erste Mal, dass die PRI im mexikanischen Parlament keine dominierende Rolle spielt. Sie hat nunmehr zweimal hintereinander die Präsidentschaftswahlen verloren. Die bei den Parlamentswahlen auf den dritten Platz verwiesene PRI droht sich jetzt zu spalten. Der Triumph von Felipe Calderón gibt der PAN die Chance, ein nicht zu Ende geführtes Regierungsprojekt wieder aufzugreifen. Ein von der Opposition dominierter Kongress betrieb wiederholt eine Obstruktionspolitik gegenüber den Bemühungen von Präsident Fox, Reformen zu verabschieden. Die bessere Lage der künftigen Regierungspartei wird es ihr erleichtern, Reformen erfolgreich durchzusetzen, die eine Verfassungsänderung erfordern, wenngleich Wege der Zusammenarbeit mit der gespaltenen PRI gefunden werden müssen. Ideologische Spaltungen zwischen der PAN und der PRD sind tief, und eine Koalition wird nach dem bitter umkämpften Wahlsieg eher unwahrscheinlicher.

Die Zukunft ist unklar, und es besteht ein großes Unruhepotenzial infolge des erbitterten Wahlkampfes, den das Land in seiner jüngsten Geschichte gesehen hat.

Mit der Entscheidung gegen eine Aufhebung des amtlichen Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen haben die Mexikaner offensichtlich für einen gemäßigten Kurs des Status quo optiert, was eine pragmatische Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Realitäten des Landes widerspiegelt.

Felipe Calderón, ein Technokrat, der sein Studium in Harvard absolviert hat, bot seinem Land eine Fortsetzung der vom scheidenden Präsidenten Fox eingeschlagenen Politik, der die Zukunft Mexikos im Allgemeinen an die gleiche Ausrichtung auf den Freihandel bindet. Er erklärte, er werde für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen und die Inflation und die Zinsen unter Kontrolle halten und sei bereit, bei der Privatindustrie um Investitionen zu werben, die erforderlich sind, um die mexikanische Wirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen.

Das Charisma von López Obrador und seine Arbeit im Namen der Benachteiligten während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Mexiko-Stadt bescherten ihm eine große Anhängerschaft, und er wurde als der wahrscheinliche Nachfolger von Fox gehandelt, bis er während des Wahlkampfes in den letzten Monaten gegenüber Calderón an Popularität verlor.

Anscheinend hat der Wahlkampf Calderóns, in dem López Obrador mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez verglichen wurde, der in Mexiko als extrem sozialistisch gilt, Tausende Mexikaner - ob zu Recht oder nicht - überzeugt. Die Besorgnis einiger, López Obrador könne zu radikal sein und ein ausgabefreudiges, unternehmensfeindliches System einführen, das den hart erkämpften Aussichten Mexikos auf ein Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze gefährden könnte, scheint für den Wahlausgang von Bedeutung gewesen zu sein.

Trotz der scharfen politischen Unterschiede, die durch die Wahlen zutage traten, stellen die Wahlen einen Wendepunkt für die sich in dem Land entwickelnde Demokratie dar. Es waren die zweiten, völlig demokratischen Wahlen (die ersten fanden 2000 statt), die die PRI, die Mexiko sieben Jahrzehnte regiert hatte, auf den Rang der drittstärksten Partei verwies. Dies ebnete den Weg für ein starkes Zwei-Parteien-System, das vielleicht wirksamer zwischen den konkurrierenden Forderungen der Mexikaner vermitteln kann.

Beobachtern zufolge ist das Bundeswahlinstitut, die unabhängige mexikanische Wahlbehörde, seinem Ruf als moderne, professionell arbeitende Organisation, die in der Lage ist, einen fairen Wahlprozess durchzuführen, gerecht geworden. Auch die internationalen Wahlbeobachter beurteilten diese Wahlen im Allgemeinen als fair und transparent¹.

Andrés López Obrador, der den Wahlsieg Felipe Calderóns weiterhin nicht akzeptiert, proklamierte sich am 20. November 2006, dem Jahrestag der Mexikanischen Revolution von 1910 und zehn Tage vor der Amtseinführung des gewählten Präsidenten, Felipe Calderón, selbst zum „rechtmäßigen Präsidenten“ Mexikos. Auf diese Weise verweigerte der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Linken dem verfassungsmäßigen mexikanischen Präsidenten seine Anerkennung und kündigte die Gründung einer Parallelregierung an, um „die Interessen der Mexikaner“ zu verteidigen und der künftigen Regierung Felipe Calderóns keine Ruhe zu lassen. López Obrador erstellte ferner eine Liste mit 20 umzusetzenden Maßnahmen, die unter anderem folgende Punkte enthält: die Ablehnung des Baus einer 1.200 km langen Mauer entlang der Grenze mit Mexiko durch die Vereinigten Staaten; den Schutz vor Misshandlung und Diskriminierung mexikanischer Wanderarbeitnehmer in den Vereinigten Staaten; Widerstand gegen die Privatisierung der Elektrizitätswirtschaft und der Erdölindustrie².

Einer Umfrage der Tageszeitung *Reforma* zufolge missbilligen 56 % der Mexikaner, dass Andrés López Obrador sich selbst zum „rechtmäßigen Präsidenten“ proklamiert hat, und 61 % vertreten die Auffassung, dass Proteste dieser Art das Image des Landes beschädigen. Außerdem verliert López Obrador an Einfluss in seiner eigenen Partei. Die Zahl derer, die den Parteiführer öffentlich kritisieren, nimmt zu. Einige der PRD-Mitglieder sind bereit, innerhalb des derzeitigen institutionellen Rahmens mit Calderón zusammenzuarbeiten, obwohl es ein diesbezügliches Verbot von López Obrador gibt. Die PRD steht derzeit vor der Aufgabe, diese innere Spaltung zu überwinden und ihren Popularitätseinbruch bei den Meinungsumfragen vor den Zwischenwahlen zum Unterhaus des Kongresses im Juli 2009 aufzuhalten. Die Anhänger von López Obrador kritisieren weiterhin die Ergebnisse der letzten Präsidentschaftswahlen. Sie

¹ Siehe die Stellungnahme der Europäischen Union in Kapitel III.

² Obrador legt mit seiner „Regierung“ weiterhin Gesetzesinitiativen als der „rechtmäßige mexikanische Staatspräsident“ vor. Diese Vorschläge sind auf der Webseite der „rechtmäßigen“ Regierung abrufbar: <http://www.amlo.org.mx/index.html>.

behaupten, während der Wahlen sei es zu Wahlbetrug gekommen und habe Zensur stattgefunden. Die Spannungen innerhalb der verschiedenen Parteien nehmen aufgrund der bevorstehenden Gouverneurswahlen, der Regionalwahlen und der Stadtratswahlen zu. Nach den letzten innerparteilichen Wahlen geben nun in der Führung der PRD die Anhänger von López Obrador den Ton an. So hat der radikale Flügel der Partei die Kontrolle über die gemäßigten Kräfte gewonnen, die für eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung von Felipe Calderón waren. Das wird zweifelsohne die Regierbarkeit des Landes erschweren und den Handlungsspielraum des jetzigen Präsidenten einengen. So hat zum Beispiel López Obrador auf die jüngste Absicht Felipe Calderóns, die Nationale Erdölgesellschaft (Pemex) für eine Partnerschaft mit mexikanischen oder ausländischen Unternehmen zu öffnen, mit einer Gegenkampagne unter der Losung „Nein zur Pemex-Privatisierung“ geantwortet. Für die von Felipe Calderón geforderten tief greifenden Reformen im Energiesektor ist die Zukunft auf Grund der unnachgiebigen Opposition seitens der PRD ungewiss. Außerdem wurde jüngst eine Guerillagruppe aktiv, die sich als „Revolutionäre Volksarmee“ (Ejército Popular Revolucionario - EPR) bezeichnet und Sabotageakte gegen Gasleitungen in den Anlagen von PEMEX in Veracruz verübte. Die Behörden fürchten, dass dies Teil einer kalkulierten Destabilisierungsstrategie ist.

2.3. Ziele und Herausforderungen der Regierung Calderón

Die Regierung Calderón sah sich der drei folgenden Herausforderung gegenüber:

- einen Weg zu finden, um die durch den Wahlkampf entstandene politische Spaltung zu überwinden, und in der neuen Legislaturperiode mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten;
- die Armut zu mildern, von der Millionen Bürger betroffen sind;
- die staatliche Autorität wiederherzustellen, über die sich die Drogenhändler hinwegsetzen.

Seit den Parlamentswahlen im Sommer 2006 hat sich die PAN zu der ersten politischen Kraft im Kongress entwickelt. Allerdings verfügt die Regierungspartei nicht über die erforderliche parlamentarische Mehrheit, um für ihre Projekte, vor allem für die Reformen, die die Regierung Fox wegen der mangelnden parlamentarischen Mehrheit nicht umsetzen konnte, den nötigen Rückhalt zu haben.

Trotz der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung Mexikos sind fast 40 %¹ der Bevölkerung von Armut betroffen. Präsident Calderón ist natürlich bewusst, dass diese in einfachsten Verhältnissen lebenden Bevölkerungsteile massiv für AMLO gestimmt haben. Im Haushalt 2007 waren schwerpunktmäßig Mittel für soziale Programme (+6,9 %) und auch für die Sicherheit (+60 %) vorgesehen. Trotz der Anstrengungen der Regierung machen die hohe Kindersterblichkeitsrate und der hohe Anteil an ernährungsbedingten Krankheiten und Infektionskrankheiten deutlich, dass umfangreiche Verbesserungen der Infrastruktur, insbesondere im Süden, erforderlich sind. Die mit dem Drogenhandel zusammenhängende Gewalt hat extreme Ausmaße angenommen. Laut einem parlamentarischen Bericht gehen seit

¹ Nach Angaben der Weltbank lebt nahezu die Hälfte der Bevölkerung in Armut und etwa 20% leben in äußerster Armut.

2001 über 9000 Todesfälle auf den Drogenhandel zurück¹. Im Jahre 2006 wurden ca. 700 Menschen bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Drogenbanden ermordet. Angesichts dieser Lage entsandte der mexikanische Staatspräsident Truppen von mehreren Tausend Mann in die Unruheregionen. Die Armee und die Bundespolizei führten in verschiedenen Städten, insbesondere in Tijuana und Monterrey, gemeinsame Operationen durch. In Tijuana forderte die Armee alle örtlichen Polizeibeamten auf, ihre Waffen abzugeben, da vermutet wird, dass einige Beamte Verbindungen zu Drogenkartellen haben. Darüber hinaus wurden in den Bundesstaaten Michoacán, Tamaulipas, Baja California, Sinaloa, Tabasco und Guerrero Maßnahmen durchgeführt. Mexiko und die USA haben beschlossen, ihre Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung aufeinander abzustimmen. Am 19. Januar 2007 nahmen die mexikanischen Behörden den mutmaßlichen Chef eines Drogenkartells, Pedro Diaz Parada, fest (die erste wichtige Festnahme der Regierung Calderón wegen Drogenhandels) und stimmten dessen Auslieferung an die USA wegen Straftaten im Bereich der organisierten Kriminalität zu. Am 14. Februar 2007 zwang die Polizei die Bewohner eines alten nördlichen Stadtteils von Mexiko-Stadt mit dem Namen „Tepito“ zur Räumung ihrer Wohnungen und Häuser und ließ diese anschließend abreißen. Tepito war ein berühmter Umschlagplatz für Drogen und Produktfälschungen.

Seit ihrer Amtsübernahme am 1. Dezember 2006 hat die Regierung Calderón eine wichtige Reform des Rentensystems auf den Weg gebracht, die im März 2007 vom Abgeordnetenhaus und vom Senat verabschiedet wurde. Die Annahme der Reform ist ein gutes Beispiel für die Fähigkeit der Regierung, erfolgreich mit den Oppositionsparteien zu verhandeln. Die Aushandlung eines Kompromisses war dringend notwendig. Seit den Kongresswahlen 2006 verfügt keine Partei über die absolute Mehrheit in den beiden Kammern. Demzufolge muss der Staatspräsident Koalitionspartner finden, um ehrgeizige Gesetzesvorhaben zu verabschieden. Diese Reform wurde von der PRI und drei kleineren Parteien unterstützt. Seinem Amtsvorgänger war dies in dieser Weise nie gelungen. Mit diesem neuen Gesetz werden Änderungen des Sozialversicherungssystems für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst eingeführt. Das Renteneintrittsalter wird angehoben, die Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung² werden erhöht, wobei freiwillige Beiträge möglich sind, individuelle Rentenkonten werden eingerichtet, die eine Mindestrente garantieren, und es wird festgelegt, dass die neuen Rentenfonds von der staatlichen Einrichtung *Pensioniste* verwaltet werden. Der neue Staatspräsident hat auch ein nationales Programm auflegen lassen, das die Chancen von Berufseinsteigern auf dem Arbeitsmarkt verbessern soll. Im Rahmen des Programms erhalten Unternehmen finanzielle Zuschüsse als Anreiz für die Einstellung von Berufsanfängern, darunter junge Hochschulabsolventen und Millionen von Frauen, die bislang keiner Berufstätigkeit nachgegangen sind. Da die Preise für Mais auf dem Weltmarkt während des ganzen Jahres 2006 dramatisch angestiegen waren, was die *Tortilla*-Preise (*Tortillas* sind Maisfladen, die das Grundnahrungsmittel für den ärmsten Teil der Bevölkerung darstellen) inflationär in die Höhe getrieben hatte, unterzeichnete Staatspräsident Calderón Anfang Januar 2007 mit mehreren

¹ Zu diesen Verbrechen kam es aufgrund der Fragmentierung der Kartelle, deren Mitglieder einen unendlichen Kampf um die Kontrolle der Transportrouten führen, der einen Anstieg der Gewalt zur Folge hat. Nach dem Zusammenbruch der großen kolumbianischen Kartelle von Medellín und Cali wird der Drogenhandel in Lateinamerika von Mexiko aus kontrolliert, genauer gesagt von den Kartellen in Ciudad Juárez und Nuevo Laredo. Diejenigen, die über beträchtliche Einnahmen verfügen, „kaufen“ sich Polizei- und Grenzbeamte, deren Gehälter sehr niedrig sind.

² Bis 2012 ist eine Erhöhung ausgehend von 3,5% auf 6,125% vorgesehen.

Tortillas produzierenden Unternehmen eine Vereinbarung zur Stabilisierung der *Tortilla*-Preise. In dieser Vereinbarung entschieden sie sich, von Preisobergrenzen für *Tortillas* Gebrauch zu machen, um die örtlichen Maisbauern zu schützen.

Die Popularität Calderóns ist laut jüngsten Meinungsumfragen gestiegen: Über 50 % der Bevölkerung stehen hinter ihm¹. Er hat von Anfang an seine Entschlossenheit und seinen Willen, Fortschritte herbeizuführen, deutlich gemacht. Er hat angeboten, Oppositionspolitiker in seine Regierung aufzunehmen, um die nationale Einheit wieder herzustellen. Er hat Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Mexiko ergriffen, indem er Militäreinsätze in mehreren Bundesstaaten anordnete und die Bundespolizei und Soldaten in den Bundesstaat Oaxaca entsandte. Ferner beabsichtigt der neue Staatspräsident, die Gewaltkriminalität zu bekämpfen, insbesondere durch die Anhebung der Gehälter in der Armee.

Er bekräftigt seine Unabhängigkeit von den USA, indem er die Einwanderungspolitik der USA kritisiert. Tatsächlich erlebt Mexiko eine massive Abwanderung armer Mexikaner in die USA. In der Hoffnung auf eine Beschäftigung und ein besseres Leben setzen sie beim Überqueren der Grenze zu den USA ihr Leben aufs Spiel. Sind sie erfolgreich, dann lassen sie ihren Familien regelmäßig Geldüberweisungen, die so genannten *Remesas*, zukommen. Dieses Geld sichert das Überleben² vieler armer und ländlicher Gegenden Mexikos. Die *Remesas* stellen inzwischen die zweitgrößte Devisenquelle nach dem Erdöl dar. Sie beliefen sich 2006 auf 25 Milliarden Dollar. Das Land muss diese Einnahmen gerecht verteilen. Seit dem Freihandelsabkommen mit den USA vor 12 Jahren waren die *Remesas* ebenso hoch wie die regionalen Fördermittel, die Spanien von der Europäischen Union erhielt. Mittlerweile nimmt die Ungerechtigkeit weiter zu. Die Lohnmasse stellt ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) dar. Die Einwanderungspolitik der USA erschwert die massive Einwanderung. Die amerikanische Regierung hat beschlossen, vor 2008 eine Mauer zu errichten und die militärische Überwachung der Grenze zu verschärfen. Präsident Bush genehmigte den Bau eines neuen Zauns (von 1100 km Länge) an der Grenze, obwohl Mexiko dagegen protestiert. Staatspräsident Calderón hat zugesagt, in Mexiko neue Stellen zu schaffen, um die massive Abwanderung zu stoppen, und wichtige Infrastrukturprojekte (wie Straßen, Flughafen, Brücken und Staudämme) fortzusetzen. Der amerikanische Präsident hat zugesagt, vor August 2007 eine umfassende Reform der Einwanderungspolitik auf den Weg zu bringen. Im März 2007 trafen Präsident Calderón und Präsident Bush zusammen, um diese Reform zu erörtern.

Die Regierung Calderón steht vielen Herausforderungen gegenüber, die mit einigen wichtigen Reformen, beispielsweise des Steuersystems und des Energiesektors, verbunden sind. Im ersten Bereich muss das Land die Steuerbemessungsgrundlage anheben und die Abhängigkeit des Bundeshaushalts von der Erdölindustrie vermindern. Für den Energiesektor hat die Regierung Calderón beschlossen, ordnungspolitische Veränderungen in Angriff zu nehmen, die eine

¹ Laut einer vom 27. Januar bis 30. Januar durchgeführten Meinungsumfrage sind 48% der Bevölkerung mit Calderón zufrieden. Anschließend fand vom 16. bis zum 18. Februar eine Meinungsumfrage von *Grupo Reforma* statt, bei der sich 58% der Bevölkerung zufrieden mit Calderón zeigten. In Interviews bewerteten die Mexikaner Calderón und seine Maßnahmen mit 6,6 von 10 Punkten. Seine populärsten Maßnahmen betreffen die Bereiche Gesundheit und Bekämpfung des Drogenhandels. Allerdings schnitt er schlecht in den Bereichen Innen- und Außenpolitik ab.

² Über 4 Millionen Familien profitieren von den *Remesas*.

größere ausländische Beteiligung ermöglichen, ohne das in der Verfassung verankerte Verbot dieser Art ausländischer Beteiligung abzuändern¹.

2.4. Der Aufruhr im Bundesstaat Oaxaca

Die soziale und politische Krise in Oaxaca, einem armen Bundesstaat im Süden, wurde durch die herrschende Armut und die Maßnahmen des Gouverneurs dieses Bundesstaates ausgelöst. Im Mai 2006 traten 70 000 Lehrer des Bundesstaates Oaxaca in den Streik und forderten eine Erhöhung ihrer Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen. Die Mitglieder der nationalen Lehrgewerkschaft SNTE (*Sindicato de los Trabajadores de la Educación*) gründeten gemeinsam mit 200 weiteren gesellschaftlichen Organisationen die *Asamblea Popular del Pueblo de Oaxaca* (Volksversammlung der Völker von Oaxaca) APPO. Diese Gruppen gingen auf die Straßen, besetzten öffentliche Gebäude und blockierten den Zugang zu ihnen. Nach der Entscheidung des Gouverneurs von Oaxaca, Ulises Ruiz (PRI), nationale Polizeikräfte zur Vertreibung der Oppositionellen anzufordern, spitzte sich die Lage zu. Die Vertreter der APPO forderten als zwingende Voraussetzung für Verhandlungen mit der Regierung die Absetzung von Ulises Ruiz wegen dessen massiver repressiver Maßnahmen. Während die PRI an dem Gouverneur von Oaxaca festhielt, betrachteten die Abgeordneten von PRI und PAN dessen Rücktritt als positive Maßnahme zur Beschwichtigung der Demonstranten.

Am 22. September 2006 brachen 6000 Demonstranten zu einem Marsch von 450 km in die Hauptstadt auf, um sich dort an einem Sitzstreik vor dem Senat zu beteiligen².

Da die Lage eskalierte, wurde am 28. Oktober 2006 die Bundespolizei eingesetzt. In weniger als einem Monat kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten der APPO und Polizeikräften. Dabei wurden mehrere Dutzend Personen verletzt, etwa hundert Personen wurden festgenommen und einige werden noch vermisst. Einige Anführer der Demonstranten räumten ein, die Kontrolle über die Situation verloren zu haben.

Trotz dieser repressiven Maßnahmen bildeten sich Anfang Februar und Mai 2007 erneut Protestbewegungen, unter anderem mit Lehrern und anderen Gruppen, gegen den derzeitigen Gouverneur des Bundesstaates Oaxaca, Ulises Ruiz. Sie fordern seinen Rücktritt. Der Bewegung der Lehrer schlossen sich Verbände zum Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung und linke Organisationen an.

2.5. Menschenrechte

Die Regierung von Präsident Fox hat umfangreiche Maßnahmen ergriffen, damit sich die Menschenrechtsslage in Mexiko verbessert. Besonders zu erwähnen sind die Maßnahmen, die darauf abzielten, über die in den Jahren 1968 und 1971 bei mehreren Demonstrationen begangenen Massaker an Studenten sowie über die zahlreichen Vermissten³ zu informieren. Die nationale Menschenrechtskommission stellte 2003 fest, dass wenigstens 275 der 500 Vermissten

¹ Am 17. April 2007 erklärte der mexikanische Energieminister, dass die Regierung die Privatisierung von mexikanischen Unternehmen im Energiesektor ablehne.

² Der Senat ist das einzige Organ, das Gouverneure ihres Amtes entheben kann.

³ Es wurden acht Millionen Seiten Geheimdienstakten aus der Zeit von 1952 bis 1985 freigegeben.

von den Sicherheitskräften inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden.¹ Vor kurzem wurde immerhin der ehemalige Staatspräsident Luís Echeverría inhaftiert, um wegen der Massaker an Studenten im Jahre 1968 zur Verantwortung gezogen zu werden.

Vor kurzem hat der oberste Gerichtshof Mexikos eine weitere Maßnahme ergriffen. Er erließ ein Urteil, wonach ein Gesetz für diskriminierend erklärt wurde, mit dem AIDS der Liste von Krankheiten hinzugefügt wird, durch die die Betroffenen vom Militärdienst ausgeschlossen sind. Nach dieser Entscheidung beschloss das mexikanische Verteidigungsministerium Anfang März, dass vier HIV-positive Soldaten ihre Posten bei der Armee wieder einnehmen dürfen. Der Gerichtshof wird sechs weitere Fälle prüfen.

Die Nichtregierungsorganisation *Human Rights Watch* begrüßte die Fortschritte, bedauerte jedoch zugleich, dass es nach wie vor Menschenrechtsverstöße gibt, vor allem seitens der Polizei. Ein Beweis für deren Inkompetenz ist für sie der Schleier, der noch nach zwölf Jahren über der Ermordung hunderter Mädchen und Frauen in Ciudad Juárez liegt.² Es vergingen zehn Jahre, bis sich die Bundesregierung um die mysteriösen Vorkommnisse in Ciudad Juárez kümmerte und einen Plan zur Koordinierung der polizeilichen Arbeit erstellte, in dessen Rahmen die Ermittlungsbeamten des Bundes, der Bezirke und Städte zusammenarbeiten. Dieses Problem war jüngst Gegenstand einer Anhörung im Europäischen Parlament³.

Auch in diesem Jahr hat *Amnesty International* die Gewalt gegen Frauen, die Krise im Justizsystem in Bezug auf die Verfolgung von Straftaten, willkürliche Inhaftierungen, Folter, unfaire Gerichtsverfahren und Festnahmen, Misshandlungen in der Haft und Straffreiheit angeprangert. Die ärmsten und am stärksten gefährdeten Mitglieder der Gesellschaft (insbesondere der indigene Bevölkerungsteil) leiden unter diesen Missständen. *Amnesty International* stellte Sicherheitsängste und Morddrohungen gegen Mitglieder von in Mexiko ansässigen Menschenrechtsorganisationen fest und gab bekannt, dass Anfang April 2007 im Bundesstaat Nuevo Leon im Nordosten Mexikos ein Verteidiger der Rechte der Migranten ermordet worden sei⁴.

Laut *Reporter ohne Grenzen* ist die Lage der Medien als schlecht zu bezeichnen, auch wenn verschiedene mexikanische Tageszeitungen erscheinen, die unterschiedene politische Ansichten widerspiegeln, es mehrere Radiosender gibt, der Wettbewerb im mexikanischen Fernsehen größer geworden ist und der Medienkonzern *Televisa*⁵ sein Monopol allmählich verliert. Medienbeobachter von *Reporter ohne Grenzen* stellten 2005 fest, dass die örtlichen und regionalen Medien Druck und Angriffen von kriminellen Politikern und der Polizei ausgesetzt

¹ Der damalige Präsident Luís Echeverría könnte vor Gericht erscheinen müssen.

² In der Grenzstadt Ciudad Juárez wurden über 400 Mädchen und Frauen entführt, vergewaltigt und ermordet. Die meisten von ihnen konnten wegen ihrer Verstümmelungen nicht identifiziert werden. Diese Serienmorde lösten in der internationalen Öffentlichkeit eine Welle der Entrüstung über die Gewalt gegen Frauen in Mexiko aus. In einem einschlägigen Bericht der Vereinten Nationen wird die Passivität der mexikanischen Behörden in dieser Angelegenheit, vor allem derer auf lokaler Ebene, scharf verurteilt. Beamte der Bundesregierung und Abgeordnete vermuten eine Komplizenschaft zwischen Kriminellen und Behörden auf regionaler und lokaler Ebene. Laut Aussagen von Zeugen stehen die Taten im Zusammenhang mit Drogenhandel, Organhandel und Frauenhandel zur sexuellen Ausbeutung und zur Herstellung von Gewaltvideos.

³ Siehe Seite 30.

⁴ Das Opfer war Mitglied der Landarbeiterorganisation *Foro Laboral del Obrero Campesino*.

⁵ Der große TV-Konzern hatte Verbindungen zur PRI bis zu deren Wahlniederlage.

sein. Neun Journalisten wurden in der letzten Zeit in Mexiko ermordet, das nach dem Irak das gefährlichste Land für diese Berufsgruppe ist.¹

Die Rechte der indianischen Bevölkerung sind nach wie vor ein Thema in Mexiko. Trotz der Vereinbarungen von San Andrés zur Anerkennung der Rechte der indigenen Völker wird die indianische Urbevölkerung nach wie vor diskriminiert. Im Jahre 2001 scheiterte ein Gesetzesvorschlag, mit dem den Indianern politische Autonomie gewährt werden sollte. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen² fordert in ihrem Bericht die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen wie:

- Wiederaufnahme der Diskussion über die Reform der Verfassung in Bezug auf die Rechte der indigenen Völker
- Fortsetzung des Dialogs mit den Zapatisten
- Umsetzung der Konvention Nr. 169 der IAO unter Anpassung an die Gegebenheiten der indigenen Völker
- Schutz der Integrität des der indigenen Bevölkerung gehörenden Gemeindelandes sowie ihrer Umwelt
- Revision des Strafrechts bezüglich der vorstehenden Gruppen
- Einführung eines Systems zum Schutz indigener Migranten
- Festigung des Systems der zweisprachigen Erziehung und Verbesserung des Zugangs der indigenen Bevölkerung zu den Kulturprogrammen (Hörfunk, Fernsehen usw.).

Trotz des Widerstands des Staatspräsidenten wurde die Abtreibung am 24. April 2007 legalisiert. In Mexiko-Stadt ist der freiwillige Schwangerschaftsabbruch durch dieses Gesetz in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft erlaubt. In Lateinamerika ist diese Art der Abtreibung nur in Kuba, Guyana und Puerto Rico möglich. In vielen anderen Ländern in der Region ist die Abtreibung in besonderen Fällen erlaubt. Der katholische Bevölkerungsteil protestiert gegen die Legalisierung und will eine internationale Kampagne starten. Er beabsichtigt, Beschwerde beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte einzureichen. Die Legalisierung folgt auf die Legalisierung der zivilrechtlichen Ehe zwischen Homosexuellen in der Hauptstadt und in einem weiteren Bundesstaat. Derzeit wird im mexikanischen Senat die Legalisierung der Sterbehilfe erörtert.

3. Außenpolitik

Es war der Wunsch von Präsident Fox, dass Mexiko außenpolitisch ein neues Image erwirbt. So begann das Land, mehr Präsenz auf der Weltbühne zu zeigen (Veranstaltung des Gipfels von Monterrey über die Entwicklungsfinanzierung), Übernahme von Verantwortung in internationalen Foren, insbesondere in den Bereichen Drogenbekämpfung und Achtung der Menschenrechte. Gleichwohl spielen die Beziehungen mit Washington mehr denn je eine Rolle erster Ordnung.

3.1. Beziehungen zu den USA

¹ Am 6. April 2007 wurde der Journalist Amado Ramirez in Acapulco ermordet.

² E/CN-4/2004/80.

Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Mexikaner immer wieder ohnmächtig zuschauen mussten, wie sich Washington in die inneren Angelegenheiten ihres Landes einmischte, beklagten sie ihr „armes Mexiko, so fern von Gott und so nah den Vereinigten Staaten“. Am Anfang dieses Jahrtausends ist festzustellen, dass in die Beziehungen zwischen den beiden Ländern Gelassenheit eingekehrt ist, seit am 1. Januar 1994 das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft trat. Die 100 Millionen Mexikaner haben innerhalb weniger Jahre die zehntgrößte Wirtschaftsmacht in der Welt aufgebaut, indem sie die Möglichkeiten nutzten, die ihnen der Markt der Vereinigten Staaten bot. Die Lage hat sich verbessert, aber das Problem ist nicht aus der Welt: Mexiko ist noch immer genauso abhängig von den Vereinigten Staaten, mit denen es etwa 90 % seines Außenhandels abwickelt¹. Aber die Beziehungen zwischen Washington und Mexiko beschränken sich nicht auf Wirtschaft und Handel. Weitere Schwerpunkte für Mexiko sind die Drogenbekämpfung, die Sicherheit, Energie, Wasser, die regionale Integration und die Migration².

Die Aussicht auf den Abschluss eines bilateralen Einwanderungsabkommens ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wieder in weitere Ferne gerückt, da dadurch die Belange der inneren Sicherheit in Amerika gegenüber anderen Prioritäten an Gewicht gewonnen haben.

Präsident Bush, der für seine Wiederwahl auf die Stimmen der aus Mexiko stammenden US-Bürger angewiesen war, hatte im Januar 2004 vorgeschlagen, die Situation der fünf Millionen illegalen Einwanderer in den Vereinigten Staaten zu „regularisieren“, indem ihnen eine Arbeitserlaubnis für drei Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung gewährt wird, und gleichzeitig strenger gegen illegale Einwanderung vorzugehen. Der Gesetzesentwurf 4437 spaltet die Politiker in den USA: die Republikanische Partei wird von der Wirtschaft und von ihrer Basis, die zum Teil eine strikte Schließung der Grenzen verlangt, in die Zwickmühle genommen. Der Gesetzesentwurf spaltet auch das demokratische Lager. Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass das Vorhandensein billiger Arbeitskräfte verhindert, dass die Löhne steigen, während das Wachstum mäßig bleibt.

In jedem Fall spielte diese Debatte im mexikanischen Wahlkampf eine Rolle, zumal sich erstmals auch einige Millionen Mexikaner, die in den USA leben, an der Wahl beteiligen durften. Die Lebensbedingungen mexikanischer Wanderarbeitnehmer werden weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda Mexikos stehen, während Strategien für die Verbesserung der Sicherheit an der 3000 Kilometer langen Grenze zwischen den beiden Staaten eine Priorität für die Vereinigten Staaten als Teil ihres „Krieges gegen den Terror“ bleiben werden. Am 4. Oktober 2006 billigte der amerikanische Staatspräsident George Bush den Bau einer 1200 km langen Mauer entlang der gemeinsamen Grenze mit Mexiko. Dieses Projekt wird von Mexiko und anderen zentralamerikanischen Ländern heftig kritisiert.

Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Bereich des Drogenhandels wurde eine amerikanisch-mexikanische Initiative unterzeichnet.

¹ Dank der NAFTA hat sich der Handel Mexikos mit den USA verfünffacht. Im Jahr 2006 wurden auf dem amerikanischen Markt mexikanische Produkte im Wert von 212 Milliarden Dollar abgesetzt, das entspricht 84,7% der mexikanischen Ausfuhren.

² In den USA leben fast 10 Millionen mexikanische Staatsbürger (neben ca. 10 Millionen Amerikanern mexikanischer Herkunft).

Außerdem sind die bilateralen Beziehungen durch einen Wasserversorgungstreit belastet. Die Vereinigten Staaten werfen Mexiko vor, es komme seinen Pflichten als Wasserlieferant, die in einem bilateralen Übereinkommen von 1944 über die Bewirtschaftung des Wassers im Grenzgebiet geregelt sind, nicht nach.

Dass in den USA mexikanische Staatsbürger zum Tode verurteilt werden, ist zwischen den beiden Ländern ein ständiger Streitpunkt. Am 21. Januar 2003 hat Mexiko vor dem Internationalen Gerichtshof auf Aussetzung der Todesstrafe, zu der in den USA 54 mexikanische Staatsbürger verurteilt wurden, geklagt. Mexiko vertrat den Standpunkt, dass die USA gegen Bestimmungen des von beiden Ländern unterzeichneten Wiener Übereinkommens (von 1963) über konsularische Beziehungen verstoßen hatten, indem sie die angeklagten mexikanischen Staatsangehörigen nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, über ihr Recht auf konsularischen Beistand unterrichtet hatten. Ferner verwies Mexiko darauf, dass durch ein Rechtshilfeprogramm für von der Todesstrafe bedrohte Häftlinge in den USA bereits 27 Hinrichtungen verhindert werden konnten, dass aber viele Fälle gar nicht behandelt werden konnten, da die einzelnen US-Bundesstaaten es unterlassen hatten, die mexikanischen Staatsangehörigen über ihre konsularischen Rechte aufzuklären.

Während der Irakkrise wurde Mexiko, damals nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, von den Vereinigten Staaten umworben. Gleichwohl sprach sich Mexiko, unterstützt von Chile, gegen den Einsatz von Gewalt gegenüber Bagdad aus. Diese Haltung führte zu einer Abkühlung des Klimas zwischen den beiden Partnern. Nach seiner Wiederwahl bemühte sich George Bush darum, das Blatt zu wenden und dem Freihandelsabkommen NAFTA neues Leben einzuhauchen. In diesem Zusammenhang unterzeichneten die USA, Mexiko und Kanada am 23. März 2005 das Partnerschaftsabkommen für Sicherheit und Wohlstand in Nordamerika, das unter anderem Folgendes vorsieht:

- Verstärkung der Grenzkontrollen
- Koordinierung der Überwachung des See- und Luftverkehrs
- Umsetzung einer gemeinsamen Strategie im Energiebereich
- Abschaffung bestimmter Regelungen, die den Handel behindern
- Zusammenarbeit beim Kampf gegen Drogenhandel und illegale Einwanderung.

Die derzeitige mexikanische Regierung sieht sich großen Protesten der Bevölkerung gegen die NAFTA gegenüber. Die UNORCA (Nationale Vereinigung autonomer regionaler Bauernorganisationen) ruft zu Widerstand und Kampf auf, dem sich in diesem Jahr einige mexikanische soziale Bewegungen anschließen dürften. Das NAFTA-Abkommen sieht die Liberalisierung der Landwirtschaft bis 2008 vor. Laut UNORCA wird sich die Lage der mexikanischen Landwirtschaft durch die Liberalisierung verschlechtern, wodurch die Dominanz transnationaler Unternehmen erleichtert und die Abhängigkeit Mexikos von Nahrungsmittelimporten zunehmen wird. Nahezu drei Millionen Landwirte werden dem Wettbewerb aus Amerika nicht gewachsen sein. López Obrador hat zugesagt, neu über das Abkommen zu verhandeln, doch dürften sich diese Verhandlungen mit den USA schwierig gestalten.

3.2. Beziehungen zu den Staaten Mittelamerikas

Am 27. Juni 2001 rief Präsident Fox zusammen mit seinen zentralamerikanischen Amtskollegen den Puebla-Panama-Plan (PPP) ins Leben, ein Projekt der regionalen Entwicklung, an dem neun süd-mexikanische Bundesstaaten und sieben Länder des zentralamerikanischen Isthmus beteiligt sind. Dabei geht es um ein riesiges Gebiet (über 1 Million Quadratkilometer), in dem 65 Millionen Menschen leben (28 Millionen Mexikaner und 37 Millionen Bürger zentralamerikanischer Länder). Der von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der Weltbank konzipierte PPP bildet die Grundlage für ein wichtiges Vorhaben der Wirtschaftsmodernisierung, durch welches das südliche Mexiko an die zentralamerikanischen Länder angebunden werden soll, und hat folgende Ziele:

- Erhöhung des Entwicklungsstandes der Bevölkerung
- Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Entwicklungsmaßnahmen
- Unterstützung des Strukturwandels zur Sicherung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der Region
- Verbesserung der regionalen Infrastruktur durch den Bau von Straßen, Häfen und Flugplätzen; Verknüpfung der Energieversorgungs- und Telekommunikationssysteme
- Förderung produktiver, arbeitsplatzschaffender Investitionen
- Abstimmung gemeinsamer Zielsetzungen und Strategien zwischen den süd-mexikanischen Staaten und den zentralamerikanischen Ländern
- Modernisierung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der lokalen und regionalen Institutionen.

3.3. *Beziehungen zu Südamerika*

3.3.1. Kolumbien

Kolumbien und Mexiko betreiben zurzeit eine sehr ähnliche Sicherheitspolitik. Beide Länder haben die Sicherheit zu einem Dreh- und Angelpunkt ihrer Politik gemacht, wodurch die Beziehungen untereinander enger geworden sind. Trotz der ungewissen Zukunft der früher aus Kolumbien, Mexiko und Venezuela bestehenden G3-Gruppe, aus der Venezuela auf Drängen von Hugo Chávez ausgeschieden ist, gab es 2007 einen Anstieg des bilateralen Handels zwischen beiden Staaten.

Desgleichen unterstützt Kolumbien Mexiko bei der Bekämpfung des Drogenhandels. Kolumbianische und mexikanische Drogenhändler machen gemeinsame Sache, vor allem bei der Einschleusung großer Mengen von Rauschgift in die USA. Deshalb ist angesichts dieses Problems ein gemeinsames Handeln beider Regierungen geboten.

3.3.2. Peru

Seit langem versuchen das Andenland und Mexiko, ein Freihandelsabkommen mit dem Ziel abzuschließen, das geltende bilaterale Wirtschaftsabkommen (ECA) von 1987 auszubauen. Die Regierungen beider Länder teilen eine marktorientierte Einstellung und erwarten von einem erweiterten Abkommen höhere bilaterale Investitionen und einen stärkeren Handelsaustausch.

Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern hat sich in den vergangenen sieben Jahren verdreifacht – von 388 Millionen Dollar im Jahr 2000 auf 908 Millionen Dollar 2006.

3.3.3. Chile

Chile und Mexiko unterzeichneten im Oktober 2007 ein Abkommen über die Strategische Partnerschaft. Es ist der Höhepunkt der ausgezeichneten Beziehungen, die beide Länder seit langem pflegen. Beide Regierungen fühlen sich zutiefst der Marktwirtschaft verpflichtet, wobei sie aber gleichzeitig den hohen Stellenwert sozialer Fragen betonen. Vorrang hat für beide Nationen auch die Zunahme des Handels mit Asien. Chile beabsichtigt, Mexiko in das Freihandelsabkommen mit Singapur, Neuseeland und Brunei einzubeziehen.

II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

1. Einführung

1.1. Geschichte

1982 musste Mexiko seine internationale Zahlungsunfähigkeit erklären. Die schon lange schwelende Finanzkrise brach nun offen aus, und Mexiko sah sich gezwungen, ein groß angelegtes neoliberales Strukturanpassungsprogramm einzuleiten. Trotz einer bemerkenswert guten Erholung der mexikanischen Wirtschaft kam es 1994/1995 erneut zur Krise. Diese aber war nicht mehr, wie es Anfang der 80er Jahre der Fall war, die Krise eines Entwicklungslands mit einer zu hohen Auslandsverschuldung, sondern die Krise eines Schwellenlands mit hausgemachten makroökonomischen Problemen. Ab dem Ende der 80er Jahre wussten die Anleger nicht mehr recht, wo in der Welt sie ihr Geld anlegen sollten (da die Welt nach und nach in die Rezession abglitt), und Mexiko konnte zunächst von der günstigen Marktlage profitieren, da es wieder kreditwürdig war. So erlebte das Land, wie seine Währung (der Peso) aufgewertet wurde, wie sich sein Wachstum beschleunigte und sein Außenhandelsdefizit zunahm. Das, was als Korrekturbewegung zum Schrumpfen einer offensichtlich überbewerteten Währung auf ein normales Maß gedacht war, blieb es nicht und nahm katastrophale Ausmaße an, als das ausländische, aber auch das inländische Kapital fluchtartig das Land verließ, weil an der Fähigkeit des Staats, seine Schulden zu bedienen, gezweifelt wurde. Die Krise in Mexiko war vor allem eine Vertrauens- und damit eine Liquiditätskrise, nicht aber eine Solvenzkrise. Durch die massive Finanzhilfe der internationalen Gemeinschaft gelang es dem Land, mit der Krise fertig zu werden, aber der soziale Preis, den es dafür zahlen musste, war hoch (die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut), und die Wirtschaft blieb chronisch schwach (wegen ihrer großen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und den internationalen Rahmenbedingungen im Allgemeinen).

Die Struktur der mexikanischen Wirtschaft, die weltweit an zehnter Stelle liegt, lässt sich mit ein paar Zahlen beschreiben: Fast 90 % des Handels werden mit den USA abgewickelt; 33 % der jährlichen Staatseinnahmen werden durch die staatliche Ölgesellschaft Pemex erzielt; 2,5 % des mexikanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind *Remesas*, die von den 9 Millionen in den USA lebenden Mexikanern nach Mexiko überwiesen werden. Jedes noch so kleine Zucken des großen Nachbarn im Norden, die Ölpreisfluktuationen (Mexiko ist der größte Erdölproduzent Lateinamerikas und belegt bei den Ausfuhren nach Venezuela Platz zwei) und die Konkurrenz aus Asien, insbesondere China, wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Gesundheit des Landes aus.

1.2. Wirtschaftssektoren

Der Anteil der Landwirtschaft (und der Fischerei als der wichtigsten Beschäftigungsquelle in den Küstengebieten) an der Wirtschaftsleistung ist seit den 80er Jahren gesunken. Die Landwirtschaft machte 2003 nur 4 % des BIP aus, ist aber mit 19,5 % der Arbeitsplätze für die Beschäftigung noch immer sehr wichtig. Die Landwirte klagen über die Auswirkungen der NAFTA auf ihre Tätigkeit. Von der NAFTA profitiert haben nur einige wenige Bereiche wie der Gemüsesektor. Zugleich kam es zu einer starken Zunahme der Einfuhren subventionierter

amerikanischer Produkte, die die Kleinerzeuger hart traf; denn diesem Wettbewerbsdruck konnten sie nicht standhalten. Laut den Gewerkschaften haben seit 1994, dem Jahr des Inkrafttretens des NAFTA-Abkommens, fast 2 Millionen Landwirte ihre Arbeit verloren. Die wichtigsten Kulturen für den Inlandsverbrauch sind Hirse, Weizen, Mais, Reis, Bohnen und Kartoffeln, während Kaffee, Zuckerrohr, Obst und Gemüse vorwiegend für den Export bestimmt sind. Obschon die Möglichkeiten für die landwirtschaftliche Erzeugung auch wegen der gebirgigen Oberfläche und der klimatischen Gegebenheiten begrenzt sind (die landwirtschaftliche Nutzfläche macht nur 20 % des Staatsgebiets aus), lassen sich die Probleme des Agrarsektors zu einem Großteil durch eine ungünstige Flächenstruktur und wirtschaftliche und technische Zwänge erklären. Der Agrarsektor weist eine duale Struktur auf: Hochproduktive moderne Betriebe, die sich auf spekulative Kulturen (Kaffee, Obst, Zitrusfrüchte) spezialisiert haben, stehen den *Minifundios* und *Ejidos* (bäuerlichen Kleinstbetrieben und Gemeindeland) gegenüber, auf denen Lebensmittelkulturen (Mais, Bohnen) angebaut werden.

Auf die Industrie entfallen 23 % der Erwerbstätigen, 30 % des BIP und etwas mehr als 90 % der Ausfuhren (ohne den Erdölsektor wären es nur 33 %). Seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickeln sich die Metallindustrie, der Textilsektor und der Lebensmittelsektor. Nach der Krise von 1929 ermöglicht eine Politik der Importsubstitution eine Diversifizierung der Industrie. Der Überfluss an Bodenschätzen, die Unterstützung des Staats, das dynamische Bürgertum und die Investitionen aus dem Ausland sind dieser Entwicklung förderlich. Die Nähe der Vereinigten Staaten gibt der verarbeitenden Industrie starke Impulse; entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze blühen die *Maquilladoras* (Montagebetriebe mit amerikanischem Kapital). In den *Maquilladoras* werden Halbfertigerzeugnisse aus den USA weiterverarbeitet, um als Fertigerzeugnisse in die Vereinigten Staaten zurückzukehren. So profitieren die USA von den niedrigen Löhnen und Steuern in Mexiko und davon, dass hier nicht dieselben Auflagen in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und Umweltverschmutzung durch die Industrie gelten.

Das Exportmodell der *Maquilladoras* nahm zwischen 1990 und 2000 jährlich um 20 % zu. Ihr Anteil an den Gesamtausfuhren des Landes ist von 35 % im Jahr 1990 auf heute fast 50 % gestiegen. 2003 erreichten ihre Ausfuhren 77,7 Milliarden Dollar, das sind 47 % aller mexikanischen Ausfuhren. Allerdings sanken die Ausfuhren der *Maquilladoras* zwischen 2000 und 2001 um 6,2 %, um in den Folgejahren 2002 und 2003 zu stagnieren. Dies erklärt sich durch den wirtschaftlichen Abschwung in den Vereinigten Staaten und die damit gesunkene Nachfrage sowie durch die immer stärker werdende Konkurrenz aus Asien, insbesondere China¹.

Mexiko treibt in erheblichem Umfang Bergbau und gewinnt Mineralien, die Silber, Wismut, Arsen, Antimon und Schwefel enthalten. Das Land verfügt auch über kleinere Eisen-, Zink- und Kadmiumvorkommen. Der Bergbausektor macht 1,4 % des BIP aus. Aber die wichtigste natürliche Ressource des Landes ist das Erdöl, das ihm auch zusammen mit den Erdölderivaten die größten Einnahmen verschafft.

Während der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich die mexikanische Wirtschaft tief greifend verändert und weiterentwickelt, indem sie den Weg vom protektionistischen Modell der

¹ Mexiko hat in den USA einen Marktanteil von fast 12 %, belegt aber seit 2003 bei den Lieferungen nicht mehr (nach Kanada) den zweiten Platz, auf den China vorgerückt ist.

Importsubstitution zu einer offenen Haltung gegenüber der Außenwelt gefunden hat. Mit der Liberalisierung und Deregulierung ist eine Internationalisierungsstrategie und Politik der regionalen Integration Hand in Hand gegangen. Dass Mexiko gewillt ist, an der wirtschaftlichen Globalisierung teilzunehmen, zeigt sein Beitritt zu den wichtigsten Wirtschaftsforen: 1993 wurde Mexiko Mitglied des Forums für asiatisch-pazifische Wirtschaftskooperation (APEC) und 1994 Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)¹.

Parallel dazu hat Mexiko seine regionale Position durch die Errichtung eines weitläufigen Netzes bilateraler und regionaler Abkommen über Handelsliberalisierung gestärkt. Als Folge wird heute praktisch der gesamte Handel Mexikos im Rahmen von Präferenzregelungen abgewickelt. Es wurden Freihandelsabkommen mit über 40 Ländern unterzeichnet, so mit den USA und Kanada (NAFTA, 1994), der Europäischen Union (2000), Japan (2005), Israel (2000), den Nachbarländern aus Mittelamerika (Costa Rica, Nicaragua, Guatemala, Honduras, El Salvador) und Südamerika (Bolivien, Kolumbien, Chile, Venezuela und Uruguay). Obschon Mexiko noch ein gutes Stück Weg vor sich hat, ist es ihm gelungen, innerhalb weniger Jahre zur weltweit elften Exportmacht aufzusteigen. Zurzeit versucht es, seine Position zu konsolidieren. Das ist zwar kein leichtes Unterfangen, aber das Land kann sich jetzt auf eine solidere industrielle Basis verlassen.

2. *Wirtschaftliche Perspektiven*²

2.1. *Wirtschaftswachstum*

Nachdem es in Mexiko seit 1995 mit der Wirtschaft immer nur bergauf gegangen war, gelang es dem Land nicht, sich den Auswirkungen der Rezession in den USA, seinem wichtigsten Handelspartner, zu entziehen. Nach Einschätzung der OECD war der Wachstumseinbruch im Jahre 2001 anders als in früheren Zeiten nicht auf makroökonomische Instabilität oder eine Vertrauenskrise zurückzuführen, sondern reflektierte die zunehmende Integration Mexikos in die NAFTA. Nach dem Rückgang des Wirtschaftswachstums im Jahre 2001 begann sich die mexikanische Wirtschaft ab 2002 wieder zu erholen und erreichte 2006 unter günstigen internationalen Rahmenbedingungen ein Wachstum von 4,0 %. 2007 und 2008 wird sich das Wirtschaftswachstum Analysten zufolge aufgrund der rückläufigen Importnachfrage der USA abschwächen (2,6 bzw. 3,0 %).³

Zwischen Februar 2006 und Februar 2007 betrug das Wirtschaftswachstum 2,7 %, während sich die Wirtschaftstätigkeit in den USA⁴ verlangsamte.

2.2. *Finanzmärkte*

2002 verlor der Peso an Wert. Schuld daran waren mehrere Faktoren im Zusammenspiel: die Schwäche des Dollars, die politische Instabilität der wichtigsten lateinamerikanischen Partner

¹ Schon 1986 war Mexiko dem GATT, heute Welthandelsorganisation (WTO), beigetreten.

² Siehe Anhang III.

³ 2005 ist das BIP um 3,1 % gestiegen.

⁴ Der IWF kündigte für dieses Jahr ein Wachstum der US-Wirtschaft von nur 2,2 % an. Das Wirtschaftswachstum in der EU hingegen wird (laut Europäischer Kommission) von 2,4 % auf 2,6 % zulegen.

(Argentinien, Brasilien und Venezuela), die negative Reaktion der Finanzmärkte u. a. Die Abwertung des Peso wirkte sich jedoch positiv aus, weil sie dazu beitrug, dass mehr aus- und weniger eingeführt wurde. Die Politik der Abwertung wurde 2003-2005 weiter fortgesetzt. Anfang 2008 betrug der Wechselkurs des mexikanischen Peso gegenüber dem amerikanischen Dollar 10,81.

2.3. Inflation

Die Inflation ist seit 1997, als sie 20 % (jährlich) erreichte, erheblich gesunken. Die Behörden versuchen, sie durch eine Hochzinspolitik wieder an einen Stand wie in den Vereinigten Staaten heranzuführen. Laut Beobachtern von „Global Insight“ lag die Inflation 2007 bei 4,0 %.

2.4. Haushalt

Bei der Annahme des Haushaltsplans für 2005 kam es zu einer Konfrontation zwischen Exekutive und Legislative. Am 30. November 2004 legte der Präsident sein Veto gegen den von der Abgeordnetenkammer verabschiedeten Haushaltsplan ein. Die Entscheidung über den Haushaltsplan liegt allein in der Zuständigkeit der Abgeordnetenkammer, denn die Verfassung räumt dem Präsidenten hierzu kein Vetorecht ein, sondern nur das Recht, Bemerkungen zu dem von der Abgeordnetenkammer ausgearbeiteten Entwurf zu machen, und die Abgeordnetenkammer kann den Entwurf mit einer Zweidrittelmehrheit annehmen. Der Oberste Gerichtshof, der mit der Angelegenheit befasst wurde, hat die Auffassung vertreten, dass der Präsident das Recht hat, gegen Änderungsanträge, die die Abgeordneten einreichen, ein Veto einzulegen.

Am 5. Dezember 2006 legte die Regierung Calderón dem Kongress ihren Haushaltsentwurf vor. Dieser Entwurf verdeutlicht die Hauptanliegen der neuen Regierung: Erhöhung der Sozialausgaben, der Haushaltslinien für Schulbildung und Gesundheit und vor allem für die öffentliche Sicherheit (über 40%). Die derzeitige wirtschaftliche Lage ist günstig, weil Mexiko vom Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten profitiert sowie von den hohen Erdölpreisen. Diese Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Mexikos ist jedoch weiterhin konjunkturell bedingt. Bei einem Einbruch der Erdölpreise oder einer Rezession in den Vereinigten Staaten würden sich für Mexiko schwerwiegende Konsequenzen ergeben. Daher kann Präsident Calderón nicht darauf verzichten, die erforderlichen Strukturreformen durchzuführen.

2.5. Handel

Mexiko hat mit über 40 Ländern Freihandelsabkommen unterzeichnet. Besonders hervorzuheben sind das NAFTA-Abkommen und das Abkommen, das Mexiko mit der Europäischen Union verbindet. Seit Mexikos Beitritt zur NAFTA (1994) haben sich seine Ausfuhren verdreifacht, was die Produktion und die Investitionstätigkeit beflügelt hat¹. 90 % der Ausfuhren gehen in die

¹ Wenn die Investitionen nicht, wie von der Regierung angekündigt, die Höhe von jährlich 20 Milliarden Dollar erreicht haben, so nur deshalb nicht, weil es an Gesetzen fehlt, die geeignet wären, ausländisches Kapital anzulocken. 2005 erreichten die ausländischen Direktinvestitionen 17,6 Milliarden Dollar.

² Vor kurzem demonstrierten mexikanische Bauern für eine Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) und forderten Subventionen, um im harten Wettbewerb mit den nordamerikanischen Agrarprodukten bestehen zu können, für die zu Jahresbeginn die letzten Zollschränken fielen.

USA, was Mexiko in erheblichem Maße von den Märkten des großen Nachbarn im Norden abhängig macht.² Außerdem verteidigt das Land nach Kräften seine Öl-Einnahmen (ein Drittel der Gesamteinnahmen des Staates). Sobald das „schwarze Gold“ auf den internationalen Märkten höhere Preise erzielt, profitiert Mexiko davon. Die Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (2000) und Japan (2005) dürften jedoch die wirtschaftliche Abhängigkeit Mexikos von Washington verringern helfen.

Trotz dieser Abkommen zur Stärkung des Freihandels ist die Außenhandelsbilanz Mexikos nach wie vor stark defizitär (seit 1998). Das Handelsdefizit wird 2006 abnehmen, bevor es 2007 bedingt durch ein Nachlassen des Exportwachstums steigen wird. Aufgrund der positiven Tendenzen bei den Posten der Leistungsbilanz, denen keine Warengeschäfte zugrunde liegen, wird das Leistungsbilanzdefizit 2007 unter 1 % des BIP liegen.

2.6. Soziale Aspekte

Von den 107 Millionen Einwohnern Mexikos sind 39,6 % arm. Das Wachstum der offiziell gemeldeten (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigung um 20 % innerhalb von fünf Jahren und die Zunahme der stabilen Arbeitsverhältnisse und der Vollzeitarbeit reichen nicht aus, um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu absorbieren. Es bedürfte eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 6 %, um ausreichend Jobs für die etwa eine Million junger Menschen zu schaffen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt strömen. So kommt es, dass in jedem Jahr mehr als 400 000 Menschen illegal ihr Glück in den USA versuchen. Dieser starken Abwanderung ist es zu verdanken, dass die privaten Haushalte ihren Konsum aufrechterhalten können, kam es doch 2005¹ zu einem Devisentransfer von fast 20 Millionen Dollar nach Mexiko (*Remesas*). Zu einem guten Drittel, so die Analysten, stammten die Gelder allerdings aus Geldwäschegeschäften. Der zunehmende Einfluss des Drogenhandels auf das wirtschaftliche Leben des Landes, vor allem an dessen Nord- und Südgrenzen, beunruhigt aufgrund des Sicherheitsrisikos und der Gefahren, die daraus für den Rechtsstaat erwachsen, die Investoren.

Schließlich muss Mexiko mit ansehen, wie seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem amerikanischen Markt (Marktanteil nur noch 10,4 %) trotz des Vorteils seiner geografischen Nähe gegenüber China zurückgeht. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass Mexiko andere Strategien entwickelt als die der Erdöleinnahmen und Niedrigpreistextilien. Hierzu wären schmerzhafteste Strukturreformen notwendig.

Auch ist festzustellen, dass die Schattenwirtschaft, in der schon jetzt 11 Millionen Menschen beschäftigt sind (28 % der erwerbsfähigen Bevölkerung) weiter wächst. Die seit 2001 steigende Arbeitslosigkeit erreichte im Jahr 2006 eine Quote von 16 %.

Außerdem trennt ein tiefer Graben die Führungskräfte, die so gut verdienen wie ihre amerikanischen Kollegen, und die große Masse der Einkommensschwachen. Ein solcher Graben trennt auch die Regionen, was auf das Freihandelsabkommen NAFTA zurückzuführen ist. Im nördlichen Mexiko überschreitet das mittlere Jahreseinkommen 7 000 Dollar, in den südlichen Teilen des Landes erreicht es nicht einmal 700 Dollar. Die Reallöhne, die bei der Krise von 1994 um 25 % gesunken waren, haben noch längst nicht wieder den damaligen Stand erreicht,

¹ Während der ersten sieben Monate 2006 betragen die Überweisungen bereits 13,4 Milliarden Dollar.

obschon sie seit 1997 wieder wachsen. Das Mindesteinkommen wurde im Dezember 2006 auf täglich 50,57 mexikanische Pesos, d.h. umgerechnet 4,67 Dollar pro Tag, angehoben! Eine wirkliche Verbesserung kann nur durch Fortschritte bei der Aus- und Weiterbildung der Erwerbsbevölkerung erreicht werden. Mexiko hat es zwar geschafft, dass so gut wie alle Kinder die Grundschule besuchen, die sie aber häufig nicht abschließen, und die Lage im Sekundarbereich und bei der beruflichen Bildung ist nach wie vor unbefriedigend.

Die Ökonomen bleiben dabei: Mexiko wird aus seinem Tief nicht herauskommen, wenn es nicht sein Wirtschaftsmodell ändert, das es in höchstem Grade von den USA abhängig macht und die Konzentration des Reichtums begünstigt. Immerhin verfügen 10 % der Mexikaner über 46 % aller Einkommen. In diesem Zusammenhang brachte Präsident Fox ein Paket zur Bekämpfung der Armut auf den Weg.

Die Hurrikane Emily und Wilma, die im Jahr 2005 die Küsten Mexikos heimsuchten, haben beträchtliche finanzielle Schäden in der mexikanischen Wirtschaft verursacht, insbesondere in den Wirtschaftsbereichen Energie, Fremdenverkehr und Landwirtschaft, und Menschenleben gefordert.

III. BEZIEHUNGEN EU-MEXIKO

1. Einführung

Zwischen der Europäischen Union und Mexiko bestehen starke politische, wirtschaftliche und kulturelle Bindungen. Mexiko ist einer der wichtigsten Handelspartner der Union auf dem amerikanischen Kontinent, da es einen Markt mit über 107 Millionen Verbrauchern repräsentiert. Für die Ausfuhren der Union erlangt das Land eine große strategische Bedeutung, weil es mit mehreren Ländern der lateinamerikanischen Region sowie im Rahmen des zwischen Mexiko, den USA und Kanada unterzeichneten NAFTA-Abkommens ein ganzes Netz von Handelsverträgen abgeschlossen hat. In den vergangenen zehn Jahren hat Mexiko eine Strategie der Reformierung und Liberalisierung seiner Wirtschaft verfolgt, was dazu führte, dass der mexikanische Markt einer der dynamischsten und offensten in der Welt ist.

Die Europäische Union und Mexiko unterzeichneten am 8. Dezember 1997 das Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit, auch „Globalabkommen“ genannt. Das darin vorgesehene Freihandelsabkommen trat am 1. Juli 2000¹ für gewerbliche Waren und landwirtschaftliche Erzeugnisse und am 1. März 2001 für Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Investitionen² in Kraft. Es beinhaltet die vollständige Liberalisierung für die mexikanischen Ausfuhren ab 2003 und für die europäischen Ausfuhren ab 2007.

Ein paar Jahre nach seinem Inkrafttreten ist es noch zu früh, um endgültig sagen zu können, wie sich das Abkommen auf die Wirtschaft und die Entwicklung ausgewirkt hat; auch fehlt es hierzu noch an Studien. Laut den bisher vorliegenden Daten³ hat der Handel – vor allem zwischen den Unternehmen – beträchtlich zugenommen, wobei die Ausfuhren der EU nach Mexiko kräftiger gewachsen sind als die Mexikos in die EU. Die Einfuhren aus Europa sind stark gestiegen. Der Handel hat zugenommen, und die europäischen Direktinvestitionen sind erheblich gewachsen, wodurch allerdings die Kluft zwischen Importen und Exporten ausgeweitet wurde, was zu einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits Mexikos gegenüber Europa geführt hat.

Die vorläufigen Studien und das Datenmaterial der Kommission und anderer öffentlicher und privater Einrichtungen machen jedoch deutlich, dass die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gering ist, denn offenbar nutzen nur die großen Unternehmen die Möglichkeiten, die das Abkommen bietet. Dies scheint an der Schwäche des Sektors, der Ausrichtung der KMU auf den Binnenmarkt und den Markt der USA, der fehlenden Hilfe bei der Internationalisierung und der Tatsache zu liegen, dass viele Mittelständler schlichtweg nichts von dem Abkommen wissen.

¹ ABl. L 157 vom 30. Juni 2000.

² ABl. L 070 vom 12. März 2001.

³ Siehe Anhänge IV bis VI.

2. *Das Globalabkommen*¹

2.1. *Politische Koordinierung*

Das Globalabkommen dient über die Schaffung einer Freihandelszone hinaus der Institutionalisierung eines politischen Dialogs, um die demokratischen Prinzipien und die Achtung der Menschenrechte voranzubringen. Beide Parteien haben die Rolle der zahlreichen Kontakte auf hoher Ebene betont, die es seit der Unterzeichnung des Abkommens gab, um den politischen Dialog zwischen Mexiko und der Europäischen Union zu intensivieren. Sie förderten ferner den Austausch auf fachlicher Ebene über ihre jeweiligen Positionen im multilateralen Kontext, insbesondere, was den Klimawandel, den Schutz der kulturellen Identität, den Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche und die Todesstrafe angeht.

Anders als das alte Kooperationsabkommen von 1991, in dem auf Demokratie und Menschenrechte lediglich Bezug genommen wurde, enthält das neue Abkommen die Klausel „Erfüllung der Verpflichtungen“ (den Artikel 58), wonach das Abkommen gekündigt werden kann, falls eine der Parteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Für diesen Fall sind bestimmte Maßnahmen vorgesehen.

Mit dem Globalabkommen wird ferner ein Rahmen für den politischen Dialog geschaffen. Dieser Rahmen ist der Gemischte Rat, der regelmäßig auf Präsidentenebene und der Ebene der Außenminister zusammentritt, um die Beschlüsse zu fassen, die notwendig sind, um die Ziele des Abkommens zu erreichen, und der von einem Gemischten Ausschuss, bestehend aus Beamten, unterstützt wird.

Auf der vierten Tagung des Gemischten Rates EU-Mexiko am 25. Mai 2005 haben die beiden Parteien über die Intensivierung ihres politischen Dialogs und die Abstimmung ihres Vorgehens im Rahmen der internationalen Foren diskutiert. Sie haben ihren Wunsch bekräftigt, einen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Ziele zu leisten. Außerdem wird bei der künftigen Zusammenarbeit EU-Mexiko ein Dialog über bestimmte sektorspezifische Maßnahmen, die im Globalabkommen vorgesehen sind, beginnen müssen. Besondere Aufmerksamkeit gebührt in diesem Zusammenhang dem sozialen Zusammenhalt. Die beiden Partner haben zum Ausdruck gebracht, dass sie für die Institutionalisierung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft sind.

2.2. *Handel*

Das von Mexiko unterzeichnete Dokument war das erste „Abkommen der vierten Generation“ zwischen der EU und Lateinamerika, da es nicht nur die üblichen Verpflichtungen zu politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, sondern im Wesentlichen ein Freihandelsabkommen beinhaltet.

¹ ABl. L 276 vom 28. Oktober 2000.

Im Bereich des Handels zielt das Globalabkommen auf die allmähliche Errichtung einer Freihandelszone für Waren, Dienstleistungen und Kapital, auf die Annahme von Regelungen zum Wettbewerb und zum Schutz des geistigen Eigentums sowie auf einen Streitbeilegungsmechanismus ab. Ferner sollen die Investitionen und damit zusammenhängenden Zahlungen liberalisiert werden. Außerdem gewährt Mexiko umfassenden Zugang zu seinem Markt für öffentliche Aufträge, zu Bedingungen wie im NAFTA-Rahmen. Allerdings gibt es Ausnahmen, die die audiovisuellen Dienstleistungen, die Seeverkehrsverbindungen und die Luftverkehrsdienstleistungen betreffen.

Im Agrarbereich sieht das Abkommen vor, dass 62 % des Handels völlig liberalisiert werden, mit Einschränkungen für Fleisch, Milcherzeugnisse und Getreide. Die EU-Ausfuhren von Wein, Spirituosen und Olivenöl werden bevorzugt behandelt, während Mexiko einen präferenziellen Zugang zu den EU-Märkten für Erzeugnisse wie Orangensaft, Avocados oder Schnittblumen genießt.

Das Abkommen soll verhindern, dass noch einmal eine Situation eintritt wie die, die in der Vergangenheit zu einem erheblichen Rückgang des Handels zwischen EU und Mexiko geführt hatte. 1980 hatte die Union noch 18 % der mexikanischen Einfuhren gestellt, 1999 waren es nur noch 6 %. Die EU-Ausfuhr litt unter den Zollpräferenzen, die die Vereinigten Staaten und Kanada im Rahmen der NAFTA genossen, und dazu kamen die Präferenzen, die Mexiko einigen lateinamerikanischen Ländern eingeräumt hatte. Das Globalabkommen dürfte der Europäischen Union dabei helfen, schrittweise das Ziel der NAFTA-Parität zu erreichen.

Die Kommission hat im September 2004 acht Millionen Euro freigegeben, um den Warenverkehr mit Mexiko im Rahmen des Globalabkommens zu erleichtern. Auch Mexiko hat Mittel bereitgestellt, so dass insgesamt 16 Millionen Euro für ein Vorhaben zur Verfügung stehen, dessen Ziel es ist, die Zollabfertigung für die Waren zu verbessern und die Unternehmen besser über die Möglichkeiten des Abkommens zu informieren.

Der bilaterale Handel zwischen Mexiko und der Europäischen Union ist dank des Globalabkommens in den letzten sechs Jahren um 95 % gewachsen. Die Europäische Union hat sich nach den Vereinigten Staaten als der zweitgrößte Absatzmarkt für mexikanische Ausfuhren etabliert. Die Europäische Union hat sich ferner zur zweitwichtigsten Quelle für ausländische Direktinvestitionen in Mexiko entwickelt, die sich in den letzten beiden Jahren auf 47 Milliarden Dollar beliefen.

Die Ausfuhren Mexikos in die EU erreichten im Jahr 2006 den Rekordwert von 10,653 Milliarden Euro¹. 2006 beliefen sich die europäischen Ausfuhren auf 19 Milliarden Dollar. Europäischen Statistiken zufolge ist dieser beträchtliche Anstieg einerseits auf die Zunahme des Wertes der Erdölausfuhren und andererseits auf vermehrte Lieferungen von medizinischen Geräten, optischen Instrumenten und Messgeräten in die Europäische Union zurückzuführen. Zusätzlich lässt sich ein Anstieg bei den Ausfuhren von Fahrzeugen, Getränken und Lebensmittelzubereitungen und elektronischen Geräten, insbesondere von Fernsehern, feststellen. Zu den wichtigsten mexikanischen Produktgruppen, die für den EU-Markt bestimmt

¹ Eurostat

sind, zählen mineralische Erzeugnisse (Erdöl), Maschinen, elektrische Geräte und Transportgüter.

Verglichen mit 2004 stiegen die EU-Ausfuhren nach Mexiko am stärksten im Bereich der Güter für den Transportsektor, gefolgt von Stahl und mineralischen Erzeugnissen (Kraftstoffe, Erdgas). Auch bei anderen Produkten wie Maschinen, chemischen Substanzen und Kunststoffen, die von der EU nach Mexiko ausgeführt werden, wurden Zuwächse erzielt. Die wichtigsten europäischen Waren für den Export nach Mexiko sind Fahrzeuge und elektrische Geräte, gefolgt von Transportgütern, chemischen Substanzen und Stahl.

Die Ausfuhren Mexikos in die EU stiegen um 31 %, während die Ausfuhren Mexikos insgesamt „lediglich“ um 12 % zulegten. Gleichzeitig nahmen die Einfuhren Mexikos aus der EU um 14,1 % zu. Trotz des äußerst dynamischen Wachstums der mexikanischen Ausfuhren hielt sich das Handelsdefizit Mexikos mit der EU 2006 bei einem Wert von 8,451 Milliarden Euro. Jedoch muss dabei berücksichtigt werden, dass dieses Defizit hauptsächlich durch Einfuhren von Zwischenprodukten und Investitionsgütern zustande kommt, die in Güter eingehen, die zu einem späteren Zeitpunkt in die Vereinigten Staaten ausgeführt werden. In diesem Sinne wird ein Teil des Handelsdefizits Mexikos mit der EU durch den Überschuss ausgeglichen, den Mexiko im Handel mit den Vereinigten Staaten erwirtschaftet.

Im Mai 2004 traten der EU zehn Länder Mitteleuropas bei. Während die mexikanischen Ausfuhren in diese Länder allmählich anstiegen, nachdem sie im Jahre 2001 stark zurückgegangen waren, nahmen sie zwischen 2000 und 2005 konstant (durchschnittlich um 40 %) zu. Seit ihrem Beitritt zur Union gelang es insbesondere Ungarn und der Tschechischen Republik, ihre Ausfuhren nach Mexiko auszubauen, die sich jetzt um 250 Mio. Dollar bewegen. In den Jahren 2004 und 2005 konnten die baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland das größte Wachstum ihrer Ausfuhren - wenngleich auf immer noch niedrigem Niveau - mit einem Anstieg von 110 % und einem Wert von 40 Mio. Dollar verzeichnen.

Derzeit gibt es 7.349 Gesellschaften, an deren Kapital die Europäische Union beteiligt ist, das entspricht 22,1 % aller Gesellschaften mit ausländischen Direktinvestitionen (ADI), die in Mexiko eingetragen sind (33.209). Die Betriebe mit EU-Beteiligung sind hauptsächlich im Dienstleistungssektor (43,6 % von allen) und im verarbeitenden Gewerbe (24,8 %) tätig und meistens in Mexiko-Stadt und in den Bundesstaaten Mexikos Quintana Roo und Jalisco angesiedelt.

Zwischen Januar 1999 und Juni 2006 tätigten Unternehmen mit EU-Beteiligung Investitionen im Umfang von 36 880,1 Mio. Dollar, das sind 27,4 % der gesamten ausländischen Direktinvestitionen (134.787 Mio. Dollar), die dem Land in diesem Zeitraum zufließen. Die höchsten Investitionen absorbierte in diesem Zeitraum der Subsektor Banken mit 7 167,8 Mio. Dollar. Alles in allem ist die Europäische Union die zeitwichtigste Quelle für Investitionen in Mexiko. Die wichtigsten Investoren der Europäischen Union sind: Spanien mit 40,0 %, die Niederlande mit 32,3 %, das Vereinigte Königreich mit 11,5 % und Deutschland mit 7,6 %.

2.3. Zusammenarbeit

Was die Zusammenarbeit anbelangt, so haben die Union und Mexiko ein Strategiepapier für 2002-2006 unterzeichnet, in dem die Kooperationsprioritäten festgesetzt sind und zu dem eine Rahmenvereinbarung über die Finanzierung gehört. Die Gemeinschaftshilfe beläuft sich auf 56,2 Millionen Euro. Finanziert werden sollen insbesondere Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- Reform des Justizsystems (15 Millionen Euro)
- Stärkung der produktiven Infrastruktur in den Gebieten im Süden und Südosten Mexikos (15 Millionen Euro)
- Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen, damit auch sie das Abkommen nutzen können (12 Millionen Euro)
- wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Was den letztgenannten Bereich anbelangt, so haben Mexiko und die Union am 3. Februar 2004 ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zur Förderung der Einrichtung von langfristigen institutionellen Verbindungen zwischen Forschungszentren unterzeichnet¹. Mit diesem Abkommen wird Mexiko die Möglichkeit geboten, an Projekten des Sechsten Forschungsrahmenprogramms teilzunehmen. Laut der Mission der Vereinigten Mexikanischen Staaten bei den Europäischen Gemeinschaften haben die Parteien seit 1986 bereits 45 wissenschaftlich-technische Kooperationsprojekte durchgeführt. Außerdem sind zurzeit zwei sektorale Abkommen in Kraft:

- das Abkommen vom 27. Mai 1997 über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen im Spirituosensektor²;
- das Abkommen vom 13. März 1997 über die Zusammenarbeit bei der Kontrolle von Grundstoffen und chemischen Stoffen, die häufig für die unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen oder psychotropen Substanzen verwendet werden³.

Die Zusammenarbeit wird im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms (2007-2013) fortgesetzt.

Ferner haben die Kommission und Mexiko am 3. März 2005 in Brüssel die erste Verhandlungsrunde über die Ausweitung des Globalabkommens auf Dienstleistungen und Investitionen abgeschlossen. Die beiden Partner kamen auf der fünften Tagung des Gemischten Rates EU-Mexiko im April 2007 in Brüssel zusammen.

Beide Parteien haben beschlossen:

- im politischen Bereich die Zusammenarbeit in Migrationsfragen zu verstärken,
- im Kooperationsbereich das Programm zur Unterstützung der KMU fortzuführen, die technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des jüngsten Abkommens EU-Mexiko zu fördern und die vorrangigen Bereiche für das LSP (2007-2013) zu ermitteln,
- im Handelsbereich die Entwicklung der Handelsbeziehungen seit dem Globalabkommen zu bewerten.

¹ ABl. L 290 vom 4. November 2005.

² ABl. L 152 vom 11. Juni 1997.

³ ABl. L 77 vom 9. März 1997.

Im Rahmen des Globalabkommens hat die Kommission ein Programm für das Globalabkommen EU-Mexiko auf den Weg gebracht, mit dem die Verfahren beschleunigt werden sollen, damit der bilaterale Handel neue Impulse erhält. Hierfür wurden 40 Mio. Euro bereitgestellt. Dieses Programm wird von einer Einheit koordiniert werden, die sich mit verschiedenen Tätigkeiten beschäftigen wird, unter anderem mit der Anfertigung von Sektorstudien, der Schulung und Verbesserung der Qualifikation mexikanischer Beamter, fachlicher Unterstützung und Beratung sowie mit der Ausstattung und Modernisierung der Zollbehörden und Labors im Gesundheitswesen. Ein weiterer vorrangiger Aspekt bei der Zusammenarbeit ist die Unterstützung der mexikanischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Ausschöpfung des Potentials, das das Globalabkommen bietet. In diesem Zusammenhang werden die Verbesserung der Arbeitsweise der Justiz und die Stärkung der Menschenrechte in Mexiko, die Bekämpfung sozialer Ungleichgewichte, eine Reform der Steuerpolitik und eventuell eine Reform des Wahlsystems ins Auge gefasst.

Laut dem neuen Länderstrategiepapier für Mexiko wird der Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit im Zeitraum 2007-2013 auf dem politischen Dialog in drei vorrangigen Bereichen liegen: sozialer Zusammenhalt und der diesbezügliche politische Dialog durch die Stärkung der institutionellen Kapazitäten, einschließlich Politikgestaltung und Umsetzung der Politik. Ein sektoraler politischer Dialog wird unter anderem in folgenden Bereichen stattfinden: sozialer Zusammenhalt, regionale Entwicklung und Dezentralisierung, Rechtsstaatlichkeit und Stärkung der institutionellen Kapazitäten, Umwelt, Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit (besondere Beachtung wird der Entwicklung von KMU geschenkt werden), Bildung und Kultur. Zu den Hauptgebieten der Zusammenarbeit werden das Hochschulwesen und Maßnahmen zur Verbesserung der gegenseitigen Kenntnis, des Kulturaustausches und der Sichtbarkeit gehören.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass sektorübergreifenden Anliegen wie Gleichstellung, indigene Bevölkerung usw. besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden wird, wenn spezifische Projekte erarbeitet und Programme aufgestellt werden. Die Unterstützung in diesem Bereich erfolgt außerdem über horizontale und regionale Programme.

3. Rolle der EU-Organe bei der Annäherung zwischen der EU und Mexiko

Über ihre gemeinsamen Anstrengungen hinaus haben sich die drei Organe – Kommission, Rat und Parlament – mit zahlreichen Aspekten befasst, die die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der beiden Regionen betreffen.

3.1. Kommission

Die Kommission unterstützt das *Instituto de Estudios de la Integración Europea (IEIE)*. Dabei handelt es sich um eine in Lateinamerika einzigartige Einrichtung, deren Aufgabe darin besteht, die europäischen Vorstellungen von Integration in einer Region zu verbreiten, in der Integration ein zentrales Thema der politischen Diskussion ist. Am Ende des ersten Dialogforums EU-Mexiko für die Zivilgesellschaft, das am 26. November 2002 in Brüssel stattfand, haben die Vertreter der mexikanischen Regierung und die Kommission das Versprechen abgegeben, dass

sie die Einrichtung einer Beobachtungsstelle zur Bewertung der sozialen und ökologischen Auswirkungen des Globalabkommens EU-Mexiko unterstützen werden.

Am 6. Juli 2006 gab Benita Ferrero-Waldner, für Außenbeziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik zuständiges Kommissionsmitglied, die folgende Erklärung ab:

„Auf Anfrage des mexikanischen Wahlamtes *Instituto Federal Electoral* und aufgrund der hervorragenden bilateralen Beziehungen, die zwischen Mexiko und der Europäischen Union bestehen, habe ich im Juni die Entsendung einer Wahlbeobachtermission nach Mexiko veranlasst. Ihr Leiter, der Europa-Abgeordnete Ignacio Salafranca Sanchez-Neyra, berichtete mir, dass die Wahlen ordnungsgemäß und nach demokratischen Grundsätzen verlaufen sind.

Wir haben Vertrauen in die mexikanischen Wahlverantwortlichen. Unsere Wahlbeobachtermission hat die Professionalität, Transparenz und Unabhängigkeit des gesamten Wahlprozesses vollauf bestätigt. Das Wahlamt verfügt unserer Ansicht nach über die Mittel und die Fähigkeit, auch im Falle eines Konfliktes offen und verantwortungsvoll zu agieren. Wir unterstützen die größtmögliche Transparenz der Wahlen im Sinne des mexikanischen Wahlgesetzes. Ich freue mich über die positive Rolle, die die Wahlbeobachtermission gespielt hat, indem sie insbesondere dazu beigetragen hat, dass während der Wahlen ein Klima des Vertrauens herrschte.“

3.2. Rat

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Erklärungen des Ratsvorsitzes zu Mexiko veröffentlicht. Dabei ging es unter anderem um die Präsidentschaftswahlen 2000 und 2006, um die Lage im Bundesstaat Chiapas, um die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Regierung und den Zapatisten und um die Achtung der Menschenrechte.

So veröffentlichte der dänische Ratsvorsitz am 27. September 2002 folgende Erklärung im Namen der Union:

„Die Europäische Union verfolgt die Ereignisse in Mexiko nach wie vor sehr aufmerksam. Sie begrüßt und unterstützt nachdrücklich die Bemühungen von Präsident Fox zur Stärkung der Demokratie und zur Gewährleistung einer verbesserten öffentlichen Rechenschaftspflicht sowie die entschlossenen Maßnahmen der mexikanischen Regierung zur Ausmerzung der Korruption in Mexiko – sowohl im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft – und zur Beendigung der Straflosigkeit. Die Europäische Union ist weiterhin entschlossen, die Konsolidierung demokratischer, pluralistischer und transparenter Strukturen in Mexiko zu unterstützen“.

Ebenfalls hervorzuheben ist das am 6. Juni 2007 zwischen dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und dem mexikanischen Präsidenten, Felipe Calderón, während seines letzten Besuchs bei den Gemeinschaftsinstitutionen unterzeichnete Abkommen, dessen Ziel die Intensivierung des politischen Dialogs zwischen der EU und Mexiko ist.

3.3. Europäisches Parlament

Die Beziehungen des Europäischen Parlaments mit dem mexikanischen Kongress begannen im Rahmen der interparlamentarischen Konferenzen zwischen dem lateinamerikanischen Parlament (PARLATINO) und dem Europäischen Parlament. Auch haben in den letzten Jahren einige Mitglieder der Abgeordnetenkammer und des mexikanischen Senats das Europäische Parlament besucht. Präsident Fox hielt am 15. Mai 2002 eine feierliche Ansprache vor dem Europäischen Parlament. Darin bedankte er sich für dessen fortwährende Unterstützung beim Prozess der Demokratisierung Mexikos und äußerte den Wunsch nach einer Intensivierung des Austauschs mit der Union, ihren Organen, ihren Mitgliedstaaten und Regionen.

Vom 25. bis 30. November 1998 begab sich die Delegation für die Beziehungen mit den Ländern Mittelamerikas und Mexiko zu einem offiziellen Besuch nach Mexiko-Stadt, wo das erste interparlamentarische Treffen Mexiko-EU stattfand. Dabei wurden der Dialog und die interparlamentarische Zusammenarbeit offiziell eröffnet. Der Dialog wurde durch eine feierliche Erklärung institutionalisiert, die eine logische Fortsetzung der im Assoziierungsabkommen angenommenen Erklärung war, in der die Notwendigkeit betont worden war, den Dialog auf parlamentarischer Ebene zu institutionalisieren. In diesem Zusammenhang wurde ein Gemischter Parlamentarischer Ausschuss EU-Mexiko (GPA) geschaffen. Dieser hielt seine erste Sitzung am 28. und 29. September 2005 in Straßburg ab. In dieser Sitzung wurde die Geschäftsordnung des GPA angenommen, und es wurden Vorschläge zur Überarbeitung einiger Kapitel des Globalabkommens vorgebracht. Auch hat das Europäische Parlament nach den Wahlen von 2004 eine spezielle Delegation für die Beziehungen mit Mexiko eingesetzt. Der Vorstand dieser Delegation unternahm vom 13. bis 16. Juni 2005 eine Reise nach Mexiko-Stadt und nach Monterrey. In den Sitzungen wurde der neue Rahmen des im Assoziierungsabkommen vorgesehenen interparlamentarischen Dialogs umgesetzt. Es wurden folgende Themen erörtert: die Bilanz des Globalabkommens, die Einhaltung der Menschenrechte und die Frauenmorde in Ciudad Juárez. Die zweite Sitzung des GPA EU-Mexiko fand vom 9. bis 13. Januar 2006 in Mexiko-Stadt und Monterrey statt. Die teilnehmenden europäischen und mexikanischen Abgeordneten erörterten die Themen Sicherheit, Zuwanderung und Handel. Sie zeigten sich erfreut über den Erfolg des Globalabkommens und brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, den interparlamentarischen Dialog zu intensivieren. Die dritte Sitzung des GPA EU-Mexiko fand am 30. Mai 2006 in Brüssel statt. Die vierte Sitzung des GPA EU-Mexiko fand vom 26. Februar bis 2. März 2007 in Mexiko statt. Das zentrale Thema der Sitzung des Ausschusses war die Unterstützung des vorgeschlagenen Länderstrategiepapiers für Mexiko durch das Europäische Parlament, damit die konkrete Zusammenarbeit für den Zeitraum 2007-2013 in der zweiten Jahreshälfte Form annehmen kann. Die beiden Seiten verständigten sich darauf, einen sektorialen Dialog in den Bereichen sozialer Zusammenhalt, Bildung und Kultur zu führen. Sie einigten sich außerdem darauf, Maßnahmen in den Bereichen Wissenschaft und Technologie zu unterstützen, und sie beabsichtigen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der KMU zu intensivieren und die Unterstützung für diese zu verstärken. Die Delegationen forderten die europäischen und mexikanischen Behörden auf, ihre Zusammenarbeit im Umweltbereich zu forcieren. Die nächste Sitzung des GPA EU-Mexiko wird am 27. November 2007 in Brüssel stattfinden. In dieser fünften Sitzung sollen hauptsächlich politische, soziale, wirtschaftliche, handels- und kooperationsbezogene Themen behandelt werden. Beide Delegationen stellten fest, dass die biregionalen Beziehungen sich gegenwärtig prächtig entwickeln. Ferner begrüßten sie die Einrichtung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika sowie die Fortschritte beim sozialen Zusammenhalt und beim Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.

Überdies hat das Europäische Parlament seit 1985 fast 20 Entschlüsse zu Mexiko angenommen.¹ Dabei geht es im Wesentlichen um die Achtung der Menschenrechte, die Lage im Bundesstaat Chiapas und die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Mexiko und der EU. In seiner Entschliessung vom 5. April 2001 erklärte das Parlament seine Befriedigung über die Förderung der Versöhnung und des Friedens in Chiapas. Es bekundete seine Unterstützung für die Regierung von Vicente Fox, die mexikanischen Gesetzgeber und das Zapatistische Nationale Befreiungsheer im Rahmen des politischen Dialogs, den es als bevorzugtes Instrument für die Suche nach Lösungen, die die Aussöhnung Mexikos mit seiner indigenen Komponente ermöglichen, ansieht.

Bei einer Anhörung im Europäischen Parlament am 19. April 2006 wurde auf die beunruhigende Zunahme der Fälle der Ermordung von Frauen in Mexiko und Guatemala hingewiesen. Laut amtlichen Angaben wurden in den vergangenen zehn Jahren allein im mexikanischen Ciudad Juárez über 400 Frauen ermordet und 2 800 in Guatemala (davon 600 allein im Jahr 2005), während es in Honduras in den letzten drei Jahren 437 waren. Dieses Phänomen hat einen derartigen Umfang angenommen, dass von „Feminizid“ (Frauenmord) die Rede ist. In der Abschlusserklärung ermahnen die anwesenden Parlamentarier die Regierungen Mexikos und Guatemalas zur Einhaltung der von ihnen unterzeichneten Abkommen und Verträge über Menschenrechte und Diskriminierung und die Anwendung von Gewalt gegenüber Frauen. Zu diesem Thema nahm der Ausschuss des Europäischen Parlaments für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter nach einem Treffen vom 11. September 2007 eine Entschliessung zu den Frauenmorden (Feminiziden) in Mexiko und Mittelamerika an. Diese Entschliessung wurde am 11. Oktober 2007 vom EP verabschiedet, das somit eine wichtige Rolle bei der Anprangerung dieses Problems übernahm. In dieser Entschliessung werden die betroffenen Länder aufgefordert, jedwede Diskriminierung von Frauen in den nationalen Gesetzen zu streichen, die europäischen Institutionen werden aufgefordert, Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Initiativen zur Bekämpfung der Frauenmorde besser zu koordinieren. Die Entschliessung wurde mit 560 gegen 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Das EP erklärte, es sei den mittelamerikanischen Ländern und Mexiko nicht gelungen, die Ursachen der Frauenmorde ausreichend anzugehen, und unterstreicht, dass zur Bekämpfung dieser Verbrechen Maßnahmen wie Verhütung und Beseitigung jedweder Diskriminierung im legislativen Bereich ergriffen werden müssen. Außerdem wird die EU aufgefordert, im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit Mexiko und Mittelamerika der Umstrukturierung und Stärkung des Justizwesens in der Region Vorrang einzuräumen. Diese Zusammenarbeit sollte auch weitere Partner einbeziehen, so die Internationale Arbeitsorganisation und die OECD in Mexiko, „um gegebenenfalls Programme auszuarbeiten, durch die Sicherheit, angemessene Arbeitsbedingungen und gleiches Entgelt für Frauen gewährleistet werden können“.

¹ Siehe Anhang VII.



MEXIKO

ERGEBNISSE DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2006¹

KANDIDATEN	GÜLTIGE STIMMEN	PROZENTSATZ ALLER ABGEGEBENEN STIMMEN
Felipe CALDERÓN	15 000,284	35,89
A.M. LÓPEZ OBRADOR	14 756,350	35,31
Roberto MADRAZO	9 301,441	22,26
Patricia MERCADO	1 128,850	2,70
Roberto CAMPA	401,804	0,96
Sonstige Kandidaten	297,989	0,71
Ungültige Stimmzettel	904,604	2,16
INSGESAMT	41 791,322	100,00

¹ Nach dem im September 2006 bekannt gegebenen amtlichen Endergebnis.

Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer und des Senats
am 2. Juli 2006

ABGEORDNETENKAMMER		SENAT	
Partei	Sitze	Partei	Sitze
PRI ¹	103	PRI	29
PAN ²	206	PAN	52
PRD ³	127	PRD	33
PVEM ⁴	18	PVEM	6
CONVERGENCIA	17	CONVERGENCIA	5
PT ⁵	16	PT	2
NUEVA ALIANZA	9	NUEVA ALIANZA	1
ALTERNATIVA	4	ALTERNATIVA	0

¹ PARTIDO REVOLUCIONARIO INSTITUCIONAL (Partei der institutionellen Revolution)

² PARTIDO ACCION NACIONAL (Partei der nationalen Aktion)

³ PARTIDO DE LA REVOLUCION DEMOCRATICA (Partei der demokratischen Revolution)

⁴ PARTIDO VERDE ECOLOGISTA DE MEXICO (Grüne)

⁵ PARTIDO DEL TRABAJO (Arbeiterpartei)

MEXICO
MACRO ECONOMIC DATA AND FORECASTS

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Real GDP (% change)	6.6	-0.2	0.8	1.3	4.2	2.8	4.8	3.3	2.6
Nominal GDP (US\$bn)	581.4	621.8	648.7	638.3	683.0	767.7	839.8	892.9	961.4
Nominal GDP Per Capita US\$	5,963	6,265	6,420	6,208	6,540	7,245	7,821	8,217	8,753
Consumer Price Index (% change)	9.5	6.4	5.0	4.6	4.7	4.0	3.6	4.0	3.8
Population (mil)	97.5	99.2	101.0	102.8	104.4	105.9	107.3	108.6	109.8
Population (% change)	1.8	1.8	1.8	1.8	1.6	1.5	1.3	1.2	1.1
Current Account Balance (US\$bn)	-18.6	-17.6	-14.0	-8.5	-6.6	-5.2	-2.0	-7.9	-1.9
Current Account Balance (% GDP)	-3.2	-2.8	-2.2	-1.3	-1.0	0.7	-0.2	-0.9	-0.2
Trade Balance (US\$bn)	-8.2	-9.5	-7.5	-5.7	-8.7	-7.5	-6.1	-11.2	-14.8
Trade Balance (% of GDP)	-1.4	-1.5	-1.2	-0.9	-1.3	-1.0	-0.7	-1.3	-1.5
BOP Exports of Goods (US\$bn)	166.1	158.7	161.0	164.7	187.9	214.1	249.9	272.0	292.9
BOP Imports of Goods (US\$bn)	174.3	168.2	168.5	170.4	196.7	221.7	256.0	283.2	307.7
Exchange Rate (LCU/Euro, end of period)	8.83	8.15	10.67	14.14	15.43	12.64	14.33	16.07	16.42
Foreign Direct Investment, Net (US\$bn)	-	23.0	18.5	14.1	18.0	13.3	13.3	17.8	-
Foreign Direct Investment, Net (% of GDP)	-	3.7	2.8	2.2	2.6	1.7	1.6	2.0	-
Total External Debt (US\$bn)	75.0	73.4	162.0	162.4	162.2	166.2	173.1	169.0	173.7
Total External Debt (% of GDP)	12.9	11.8	25.0	25.4	24.3	22.6	20.1	19.4	-
Total External Debt Service (% of forex earnings)	31.4	26.2	23.9	22.1	23.1	17.5	16.6	8.7	-

Source: Global Insight

Trade relations EU(27)-Mexico, 2006

By products

1000
EUR

HS Chapters	Harmonised System (HS): Sections and chapters	Imports (cif)		Exports (fob)	
		1000 EUR	% of total	1000 EUR	% of total
01-99	Total	10.653.211	100,0	19.104.563	100,0
	of which:				
01-24	Agricultural prod. (incl. fish, prepared foodstuffs etc.)	548.344	5,1	644.282	3,4
	of which:				
06-14	Vegetable products	231.970	2,2	86.072	0,5
16-24	Prepared foodstuffs; beverages	258.576	2,4	441.261	2,3
	of which:				
22	Beverages, spirits and vinegar	186.159	1,7	194.892	1,0
25-27	Mineral products	2.587.471	24,3	1.726.250	9,0
	of which:				
27	Mineral fuels/oils and products of their distillation; etc.	2.442.984	22,9	1.553.252	8,1
28-38	Products of the chemical or allied industries	577.666	5,4	2.776.943	14,5
	of which:				
29	Organic chemicals	297.862	2,8	722.892	3,8
30	Pharmaceutical products	52.163	0,5	1.054.672	5,5
32	Tanning or dyeing extracts; tannings and their derivatives; dyes, pigments etc.	111.356	1,0	134.201	0,7
33	Essential oils and resinoids; perfumery, cosmetic or toilet preparations	22.217	0,2	329.848	1,7
39-40	Plastics and rubber and articles thereof	236.482	2,2	811.977	4,3
	of which:				
39	Plastics and articles thereof	157.380	1,5	570.054	3,0
44-49	Wood/art. of woods etc; pulp of wood or other fibrous cellulosic	40.595	0,4	563.097	2,9
	of which:				
48	Paper and paperboard; art. of paper pulp, of paper or of paperboard	33.201	0,3	376.209	2,0
50-63	Textiles and textile articles	98.166	0,9	609.475	3,2
68-70	Articles of stone, plaster, cement, asbestos etc.	46.544	0,4	247.427	1,3
72-83	Base metals/articles of thereof	592.370	5,6	1.790.222	9,4
	of which:				
72+73	Iron and steel and articles of iron or steel	464.923	4,4	1.308.777	6,9
84-85	Machinery and mechanical appliances; elec. eq., sound recorders etc.	2.621.407	24,6	2.699.055	14,1
	of which:				
84	Nuclear reactors, boilers, machinery and mechanical appliances	1.233.348	11,6	4.039.473	21,1
85	Electrical machinery/equip. and parts thereof; sound recorders etc.	1.388.058	13,0	1.659.582	8,7
86-89	Vehicles, aircrafts, vessels and associated transport equipment	1.501.276	14,1	2.621.675	13,7

87	of which: Vehicles other than railway/tramway rolling-stock etc.	1.469.900	13,8	2.222.698	11,6
90-92	Optical, photographic, cinematographic etc. instruments	1.313.152	12,3	678.464	3,6
90	of which: Optical/photographic/cinematographic/measuring/medical or surgical inst. Etc.	1.304.172	12,2	669.382	3,5
94-96	Miscellaneous manufactured articles	76.077	0,7	348.572	1,8
94	of which: Furniture; bedding, mattresses, mattress supports, cushions/similar; lamps etc.	24.826	0,2	257.568	1,3
Various ch	Other products	361.010	3,4	318.039	1,7

Source: COMEXT database, EUROSTAT

Production: JDa/DG4/European Parliament

Trade of the EU with Mexico by Member States, 2006

	EU-imports (cif)		EU-exports (fob)	
	1000 €	- % -	1000 €	- % -
Total (EU27)	10.653.211	100	19.104.563	100,0
<i>of which:</i>				
France	569.306	5,3	1.670.985	8,7
Netherlands	784.684	7,4	1.262.319	6,6
Fr Germany	2.716.286	25,5	6.346.127	33,2
Italy	292.024	2,7	2.567.826	13,4
Utd. Kingdom	1.569.406	14,7	1.086.964	5,7
Ireland	100.618	0,9	536.135	2,8
Denmark	79.606	0,7	157.162	0,8
Greece	29.444	0,3	26.214	0,1
Portugal	261.280	2,5	139.410	0,7
Spain	2.765.104	26,0	2.943.491	15,4
Belgium	812.942	7,6	707.479	3,7
Luxembourg	14.353	0,1	44.943	0,2
Sweden	76.935	0,7	555.577	2,9
Finland	110.364	1,0	180.589	0,9
Austria	105.398	1,0	320.128	1,7
Malta	901	0,0	3.839	0,0
Estonia	2.406	0,0	1.237	0,0
Latvia	2.080	0,0	1.484	0,0
Lithuania	4.813	0,0	14.613	0,1
Poland	81.978	0,8	96.403	0,5
Czech Republic	84.520	0,8	136.503	0,7
Slovakia	15.084	0,1	48.836	0,3
Hungary	86.854	0,8	155.550	0,8
Romania	62.109	0,6	47.368	0,2
Bulgaria	14.396	0,1	23.072	0,1
Slovenia	8.487	0,1	30.279	0,2
Cyprus	1.834	0,0	30	0,0

Source: COMEXT database, EUROSTAT

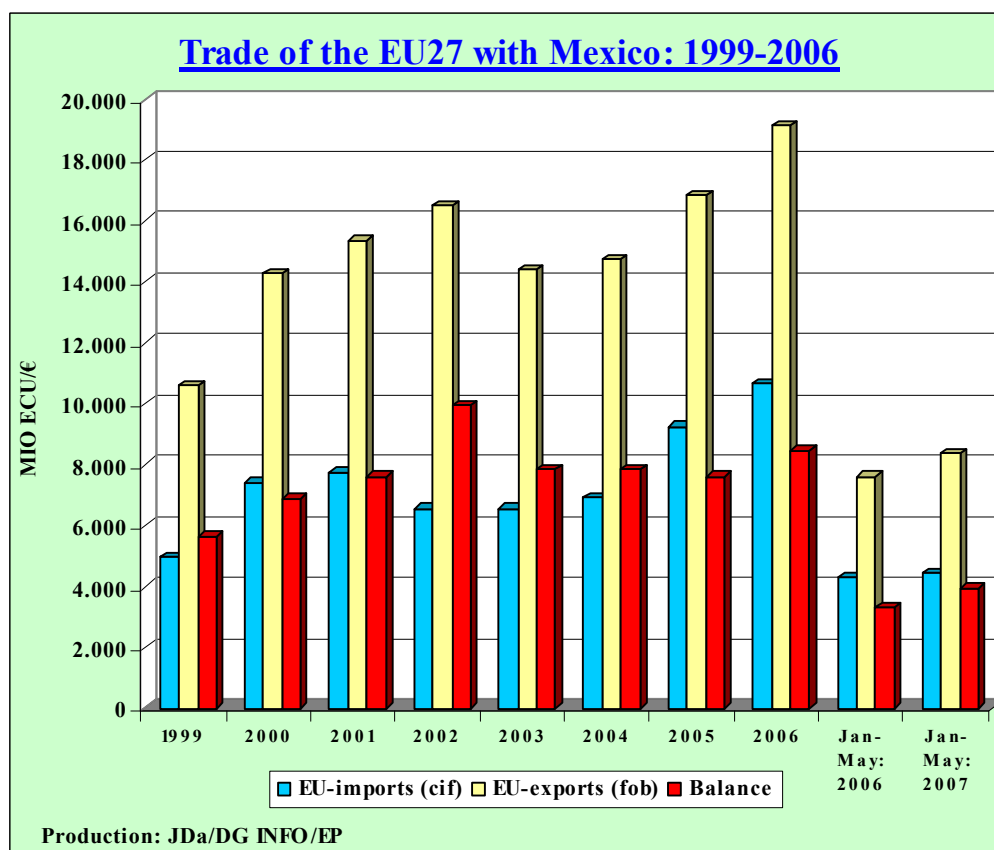
Production: JDa/DG4/European Parliament

Trade of the EU27 with Mexico: 1999-2006 (May 2007)

	<i>MIO ECU/€</i>		
	EU-imports (cif)	EU-exports (fob)	Balance
1999	4.949	10.585	5.636
2000	7.404	14.280	6.876
2001	7.727	15.336	7.609
2002	6.565	16.508	9.944
2003	6.547	14.390	7.843
2004	6.905	14.726	7.821
2005	9.245	16.837	7.592
2006	10.653	19.105	8.451
Jan-May: 2006	4.309	7.620	3.311
Jan-May: 2007	4.432	8.358	3.926

Source: COMEXT database, EUROSTAT

Production: JDa/DG INFO/European Parliament



**RESOLUTIONS ADOPTED BY THE EUROPEAN PARLIAMENT
ON MEXICO**

Resolution of 10 October 1985 on the earthquakes in Mexico City¹.

Resolution of 10 September 1991 embodying the opinion of the European Parliament on a proposal from the Commission to the Council for a decision concerning the conclusion of the Framework Agreement for cooperation between the European Economic Community and the United Mexican States².

Resolution of 10 September 1991 on economic and trade relations between the European Community and Mexico³.

Resolution of 15 December 1992 on the Free Trade Agreement between the United States of America, Canada and Mexico (NAFTA)⁴.

Resolution of 20 January 1994 on the peasant uprising in Chiapas⁵.

Resolution of 19 January 1995 on the situation in the Mexican State of Chiapas⁶.

Resolution of 16 February 1995 on the situation in Chiapas⁷.

Resolution of 13 July 1995 on the situation in Mexico⁸.

Resolution of 17 November 1995 Resolution on the Commission communication 'Towards closer relations between the European Union and Mexico'⁹.

Resolution of 21 October 1997 on the hurricane in Mexico¹⁰.

Resolution of 13 January 1998 on the murder of 45 indigenous peasants in the Mexican State of Chiapas¹.

¹ OJ C 288, 11.11.1985, p. 99.

² OJ C 267, 19.10.1991, p. 61.

³ OJ C 267, 19.10.1991, p. 61.

⁴ OJ C 21, 25.1.1993, p. 77.

⁵ OJ C 44, 14.2.1994, p. 158.

⁶ OJ C 43, 20.2.1995, p. 87.

⁷ OJ C 56, 6.3.1995, p. 109.

⁸ OJ C 249, 25.9.1995, p. 159.

⁹ OJ C 323, 4.12.1995, p. 163.

¹⁰ OJ C 339, 10.11.1997, p. 164.

Resolution of 23 April 1998 on the proposal for a Council Decision concerning the conclusion of the interim agreement on trade and trade-related matters between the European Community, on the one part, and the United Mexican States, on the other part².

Resolution of 22 April 1999 on the proposal for a Council Decision concerning the conclusion of the Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement between the European Community and its Member States, on the one part, and the United Mexican States, on the other part³.

Resolution of 16 March 2000 on the proposal for a Council decision on the Community position within the EC-Mexico Joint Council on the implementation of Articles 3, 4, 5, 6 and 12 of the Interim Agreement on trade and trade-related matters⁴.

Resolution of 15 February 2001 on the proposal for a Council decision establishing the Community position within the EC-Mexico Joint Council with a view to the adoption of a decision implementing Articles 6, 9, 12(2)(b) and 50 of the Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement⁵.

Resolution of 5 April 2001 on the situation in Mexico⁶.

Resolution of 14 December 2004 proposal for a Council decision on the conclusion of an Additional Protocol to the EU-Mexico Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement⁷.

Resolution of 28 April 2005 on the EC-Mexico scientific and technological cooperation agreement⁸.

Resolution of 23 May 2007 on the EC-Mexico Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement.

Resolution of 11 October 2007 on Murder of Women in Mexico and Central America

¹ OJ C 34, 15.01.1998, p. 161.

² OJ C 167, 1.6.1998, p. 99.

³ OJ C 279, 6.5.1999, p. 404.

⁴ OJ C 377, 29.12.2000, p. 323.

⁵ OJ C 276, 1.10.2001, p. 243.

⁶ OJ C 21, 24.1.2002, p. 356.

⁷ OJ C 226, 15.9.2005, p. 19.

⁸ OJ C 45, 23.2.2006, p. 14.